7. Ausgabe
Juni 1990
2,- Mark

DER RECHTE RAND

Informationen von und für AntifaschistInnen in Niedersachsen



HETENDORF
WAHLEN
NAZISKINS
GISY-INTERVIEW

Inhalt

Editorial

Wieder einmal etwas verspätet erscheint die neue Ausgabe des RECHTEN RANDES. Gründe dafür liegen zum einen in der zeitlichen Belastung der Redaktionsmitglieder (Landtagswahlen etc.), aber zum anderen auch in der finanziellen Situation des Projekts. Wir waren diesmal aus Kostengründen gezwungen, das lay-out und den Satz selbst zu erstellen.
Wir hoffen jedoch, qualitativ den bisherigen Standard annähernd gehalten zu haben. Kleinere Fehler bitten wir zu entschuldigen.
Die AbonnentInnen des RECHTEN RANDES möchten wir dringendst auffordern, die Abogebühren - soweit dieses noch nicht geschehen ist - für das laufende Jahr zu entrichten. Dabei besteht die Möglichkeit, durch Förderabos und Spenden das weitere Erscheinen des RECHTEN RANDES zu unterstützen!
Interessiert wären wir auch an Anzeigen von demokratischen Verlagen und Initiativen. Anzeigenpreislisten können über die Adresse des RECHTEN RANDES angefordert werden.
Erfreulich war die Reaktion auf unsere Aufforderung zur inhaltlichen Unterstützung des Projekts (die selbstverständlich weiter besteht). Zahlreiche AntifaschistInnen sandten uns Artikel, Buchbesprechungen und Meldungen zu. Nicht alle konnten schon in dieser Ausgabe abgedruckt werden (denn auch die Seitenanzahl wird durch die Kosten diktiert). Bei Zusendung von längeren Beiträgen bitten wir im Interesse einer besseren Planung um vorherige, kurze Absprache mit der Redaktion (Postkarte genügt).
Die nächste Ausgabe des RECHTEN RANDES erscheint Ende August (Redaktionsschluß: 22.08.1990).

Berichtigung

In der Ausgabe Nr. 6 vom April 1990 berichtete Der Rechte Rand unter der Überschrift *"Völkisch-rassistische Sekte aus Wohlfahrtsmarken finanziert"* über die "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR). Der Autor Peter Kratz stellte dar, daß etliche Funktionäre der DUR früher "NS-Größen" gewesen seien.
Bei der redaktionellen Überarbeitung des Artikels ist uns ein bedauerlicher Fehler unterlaufen, den wir auf Wunsch von Peter Kratz hiermit korrigieren.
So hatte der Rechte Rand geschrieben, die "International Association for Religious Freedom" (iarf), die vom 27. Juli bis 2. August in Hamburg ihren 27. Weltkongreß veranstaltet, berufe *"sich auf eine 'Geschichte des Weltbundes' aus der Feder einer Unitarierin, die auch ein Geleitwort enthält, in dem sich der (deutsche) iarf-Generalsekretär Dieter Gehrmann auf die 'völkische Theologie' und namentlich auf Hauer bezieht."*
Im Manuskript von Peter Kratz hieß es aber: *"Eine 'Geschichte des Weltbundes' aus der Feder einer 'Deutschen Unitarierin' und mit einem Geleitwort des (deutschen) iarf-Generalsekretärs Dieter Gehrmann beruft sich auf die völkische 'Deutsche Theologie' und namentlich auf Hauer."*
Kratz hat nicht behauptet, Gehrmann selbst habe sich in seinem Geleitwort auf die "Deutsche Theologie" und auf Hauer berufen. Die Redaktion bittet den Fehler zu entschuldigen.

Folgen

Der Artikel von Peter Kratz hat auch im politischen Raum Diskussionen ausgelöst. So forderte die neue niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn, die auf dem 27. Weltkongreß der iarf reden wird, von den Unitariern Aufklärung. Sie hatte im Rechten Rand gelesen, daß dieser Kongreß *"mit großer Unterstützung der Deutschen Unitarier"* vorbereitet wird und daß laut Berliner Landgericht die Deutschen Unitarier als *völkisch-rassistische Sekte"* bezeichnet werden dürfen.
Wie die SPD-Landtagsfraktion mitteilt, stellt Frau Griefahn ihre Teilnahme am iarf-Weltkongreß nicht in Frage. Auf ihre Anfrage habe das "Hilfswerk der Deutschen Unitarier" geantwortet
- Kratz betreibe *"nichts anderes als Geschichtsklitterei"*, um die Unitarier herabzusetzen
- bei den Unitariern habe es immer schon verschiedene Strömungen gegeben
- Kratz wolle die Unitarier *"anscheinend auch auf einen Entwicklungsstand ... einfrieren"* und das sei *"etwa so, als ob man behaupten würde, die Ev. Kirchen seien immer noch die 'Deutschen Christen', die ja mit Hitler ebenso kollaborierten, wie die Kath. Kirche..."*
In einem anderen Brief an Frau Griefahn versichert der Rechtsanwalt Dr. Ralf B. Abel, der die Unitarier nach eigenen Angaben berät, Kratz betreibe eine *"Verleumdungskampagne"*, an seinen Vorwürfen sei *"wirklich nichts dran"*. In einer Anlage zu dem Brief räumte Abel ein, daß laut Landgericht Berlin die Unitarier als *"völkisch-rassistische Sekte"* bezeichnet werden dürften. Allerdings sei dies eine Wertung, die einem gerichtlichen Wahrheitsbeweis nicht zugänglich sei und der vollen Meinungsfreiheit unterliege.
Der "Rechte Rand" wird sich weiter mit den Unitariern beschäftigen!

Impressum
Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Auflage: 2000
Druck: Interdruck
Tel. 0511/70 25 26
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Karl-Heinz Vach, Dorothea Vogt

Wolfgang Becker

Neonazis in der Südheide

Wenn alljährlich zu Pfingsten in Hetendorf, Gemeinde Hermannsburg, Kreis Celle, die "Tage volkstreuer Jugend" gefeiert werden, herrscht für die 150 Bewohner des Heidedorfes beklemmender Ausnahmezustand. "Ein Reich - Ein Wort - Ein Glaube - Deutschland", so das Motto des diesjährigen Lagers, zu dem rund 300 Neonazis aus der "Wiking-Jugend", der "FAP" und anderer rechtsextremistischer Organisationen in die niedersächsische Südheide kamen. Für Journalisten wurde die Berichterstattung diesmal lebensgefährlich.

"Film raus, Film raus", schreit der mit Sturmhaube maskierte Lagerteilnehmer, packt einen Fotografen am Arm, schleudert ihn herum. Plötzlich hält der Angreifer ein Messer in der Hand, holt damit mehrfach in Richtung des Journalisten aus. Pfingstsonntag in Hetendorf, Höhepunkt der Aggression gegen unerwünschte Presse und Fernsehteams. Ein langjähriger Kader der *"Bewegung"* rastet aus. Im Alleingang schlägt er einem Kameramann das Aufnahmegerät runter, schnappt sich dann den Fotografen. Er fühlt sich hier zu Hause, will die Öffentlichkeit vom Nazicamp fernhalten. Dafür darf auch Blut fließen.

Die Situation entspannt sich, als drei andere Nazis den allzu forschen Einzelkämpfer auf das Grundstück Hetendorf 13 zurückholen. Die Polizei, von einem zuvor attackierten und am Drehen gehinderten Fernsehteam herbeigerufen, trifft erst eine halbe Stunde später ein. Ein Rekorder ist zu Bruch gegangen, Sachbeschädigung also, vielleicht auch Nötigung. Anzeigen werden aufgenommen, auch von den Neonazis. Die fühlen sich im Recht am eigenen Bild verletzt, sogar Hausfriedensbruch wird geltend gemacht, weil sich das Kamerateam dem Nazigrundstück zu sehr genähert habe. Polizisten beschränken sich darauf, Namen der Geschädigten zu notieren. *"Das Gesetz für Sicherheit und Ordnung"*, so einer der herbeigerufenen Ordnungshüter, *"läßt uns den Entscheidungsspielraum, ob hier die Wiking-Jugend oder die Journalisten einen Platzverweis bekommen müssen."* Ruhe und Ordnung sind ihm wichtig.

Waren es im letzten Jahr noch verbale Attacken und kleinere Rempeleien gegen ein freies Filmteam, verhindern die Nazis 1990 massiv und handgreiflich jede Öffentlichkeit über ihr Camp, das nun schon zum fünften Mal hintereinander in Hetendorf stattfindet: *"Die 36. Tage Volkstreuer Jugend"*.

Als am Pfingstsamstag Jugendliche aus den umliegenden Dörfern zusammen mit einem Fernsehteam auf das Grundstück gehen, um dort für die Tochter des Verwalterehepaares einen Maibaum abzuliefern, schreien die völlig überraschten Wachen am Lagertor sofort nach ihrem *"Bundesführer"*, **Wolfgang** und dessen Sohn **Wolfram Nahrath**. Obwohl die Kamera immer nur auf die traditionelle Aktion der Dorfjugend gerichtet war, greifen herbeigeeilte Wiking-Führer, unter ihnen Manfred Börm und Hubert Lennartz, die verhaßten Journalisten an. Lennartz schlägt einem Reporter ins Gesicht. Hausverwalter **Koch**, dessen Frau Ilse für die NPD bei den niedersächsischen Landtagswahlen kandidierte, ruft sofort die Polizei herbei und erstattet Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Nicht etwa gegen die Schläger der Wiking-Jugend, sondern gegen die unerwünschten aber doch bei offenem Lagertor freundlich hereingelassenen Medienleute.

Die Polizei aus Hermannsburg nimmt die Sache zu Protokoll, mag auch keinen Hausfriedensbruch sehen, na gut. Die Schläge könnten ja eine Körperverletzung sein, *"am besten besorgen sie sich ein Attest. Strafantrag können sie immer noch stellen."* Wegen der Angriffe vom Sonntag werden Ermittlungsverfahren eingeleitet, federführend ist hier die politische Polizei aus Celle. Ein Kommissar, seit Jahren als Beobachter in Hetendorf, läßt sich von den Nazis den Namen des Messerstechers geben. *"Sonst lasse ich das Lager mit einer Hundertschaft umstellen"*, droht er. Doch die Wiking-Jugend will keinen weiteren Ärger, liefert bereitwillig die Personalien, der Mann selbst sei jedoch nicht mehr zugegen, heißt es. Der angegriffenen Fotograf erkennt den Aggressor später auf einem Foto von einer FAP-Demonstration wieder: Mit großer Wahrscheinlichkeit heißt er Detlev Brüel, seit langem wegen ähnlicher Angriffe bekannter Nazi-Aktivist, ein Hamburger aus der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten", er gilt als gefährlich.

Augenzeugen der Gewalttätigkeiten gegen die Journalisten sind fassungslos. *"Da kann man sich ja nicht mehr sicher sein"*, stottert ein jugendlicher Dorfbewohner. Die Stimmung in Hetendorf schlägt zunehmend gegen die ungebetenen Gäste um. *"Rausschmeißen"*, sagt ein Landwirt, *"aber das nützt ja nichts."* Von der Bevölkerung ist zu Pfingsten auf den Straßen des Dorfes kaum jemand zu sehen. Es gibt keine Schaulustigen, wenn WJ-Mädchen in ihrer blau/schwarz-weißen Tracht spazierengehen oder, wie alljährlich am Samstag, uniformnierte Knaben mit Sturmgepäck in Vierertrupps zum nahegelegenen Truppenübungsplatz ziehen.



Detlev Brüel, Messerattacke gegen einen Journalisten

"Die machen da so militärische Übungen", berichtet ein Hermannsburger, *"so mit aufaufmarschmarsch und Schießübungen."* Sicher ist, daß in den Vorjahren auch auf einem Kleinkaliberschießstand geübt worden ist. Wehrsport in der Südheide, für einen Beobachter eindeutig die Vorbereitung auf brutale Einsätze. *"Die machen hier die Ausbildung für terroristi-*

sche Aktionen in den Städten", meint er. Unwissenden Passanten erscheinen die Nazi-Trupps im Gelände wie übende Soldaten, ein gewohntes Bild in dieser Gegend. Polizei oder Verfassungsschutz, die es besser wissen müßten, sind nicht in Sicht.
"Es ist eine Riesenschweinerei", sagt ein Dorfbewohner. *"Was die hier machen. Und das, wo Bergen-Belsen nur ein paar Kilometer entfernt liegt."* Ein anderer berichtet, daß auch der durch seine"Nothilfetechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel" und deren neonazistische Verbindungen bekannte Arzt Uwe Jürgens aus Bergen das Hetendorfer Lager unterstützt habe. Er soll aus dem Fuhrpark seiner Wehrsportgruppe eine Gulaschkanone und einen Wasserwagen bereitgestellt haben. *"Wir wollen nicht, daß unser Hetendorf die Brutstätte eines Systems wird, das eines Tages vielleicht wieder Macht bekommt"*, sagt ein älterer Mann, *"ich war doch selbst in der Hitlerjugend und habe erlebt, was draus geworden ist."* Wenn er die Uniformen der Wiking-Jugend, deren Übungen und die spitzen Zelte auf dem Lagerplatz anschaue, käme es ihm vor, als ob sich die Zeit um 50 Jahre zurückgedreht habe.
"Die sind beknackt", formuliert ein Landarbeiter, der unmittelbar am Nazigrundstück Viehfutter auflädt, *"die haben uns ja auch den Krieg erklärt und wollen das Dorf auseinandernehmen."* Doch immer wieder ratloses Schulterzucken auf die Frage, was man denn gegen die Neonazis unternehmen kann. *"Solange die sich nichts zu Schulden kommen lassen ..."* Schließlich sei das Grundstück in Privatbesitz, es gehört zwei Hamburger Vereinen, dem *"Freundeskreis Filmkunst"* und der *"Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"*. Vorsitzender ist Rechtsanwalt **Jürgen Rieger**.
Fast alle Hetendorfer haben gegen die Nazis unterschrieben, als Rechtsanwalt Rieger im Januar ein zweites Grundstück im Dorf erwerben wollte. *"Dann wären wir ja umzingelt gewesen"*, sagen die Leute. Der Zukauf wurde durch das öffentliche Engagement verhindert, jetz wird die *"Olympia Heimbetriebsgesellschaft"* mit Sitz in Bonn in Hetendorf anstelle der Nazis Eigentümerin. Sie will ein Wohnheim für 100 Spätaussiedler aufmachen, Beunruhigung auch für manchen Dorfbewohner, aber für fast alle besser, als noch mehr Nazis.
Doch es gibt auch Ausnahmen. *"Die Medien bringen Unruhe ins Dorf"*, empört sich einer gegenüber dem Kamerateam, *"ohne sie gäbe es doch hier überhaupt keine Probleme."* Der Bauer geizt auch nicht mit Attacken gegen Mitbewohner, die sich den Neonazis gegenüber kritisch äußerten: *"Die meisten bereuen heute, ihre Unterschrift geleistet zu haben"*, behauptet er. Er selbst scheut die Öffentlichkeit: *"Wenn Sie mich hier filmen, kriegen Sie es mit meinem Rechtsanwalt zu tun."*
Am Pfingstmontagabend, die Journalisten sind schon abgereist, bekommen die Hetendorfer nochmal mit, wie dreist sich ihre ungebetenen Gäste im Dorf benehmen. Trommelschläge tönen über die Höfe, rund 70 *"Wikinger"* sind vom Grundstück Nr.13 zum kleinen Dorfplatz marschiert. Sie nehmen Aufstellung am Findling, dem Gedenkstein für die Kriegsgefallenen des Ortes. *"Auch wenn einige uns hier nicht haben wollen"*, trägt der Wiking-Führer vor, *"gedenken wir hier der im Krieg gefallenen Hetendorfer."* Die Wiking-Jugend legt einen Kranz nieder, wieder erscheinen Polizisten erst viel später, als die für manchen Dorfbewohner mulmige Situation vorbei ist. Während die Nazis auf ihrem Grundstück ein letztes Lagerfeuer zelebrieren, herrscht im Dorf Totenstille. Am Morgen ist der Kranz mit der Odalsrune an der Schleife verschwunden. Bis zum nächsten Jahr in Hetendorf.

Andreas P. Zaleshoff

Heidentreffen in Hetendorf

Im kleinen Heidedorf Hetendorf trifft sich mal die Wiking-Jugend, mal der Verehrerkreis des Nazi-Dichters **Heinrich Anacker**, mal die rassistische "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung". Am 23./24. Juni kam hier die "Artgemeinschaft" zum "Gemeinschaftstag" zusammen.

Alle aufgeführten Gruppen bewegen sich im Umfeld des Hamburger Rechtsanwalts **Jürgen Rieger**, der seit einem Jahr Leiter der *"Artgemeinschaft"* ist; inzwischen in der Bundesrepublik die wohl größte Sekte, die versucht, einen der *"nordischen Rasse"* angemessenen Glauben, der auf Ungleichheit der Menschen beruht, zu propagieren. Für sie ist schon die Gleichheit vor Gott, ein Lehrsatz des Christentums, von Übel.
Mit ihrer Pseudoreligion steht die 1951 in Göttingen gegründete *"Artgemeinschaft"* in der Tradition deutschgläubiger Sekten der Weimarer Republik, die von den Nazis eine Förderung ihrer Positionen erwarteten und bitter enttäuscht über das Werben der NSDAP um die christlichen Großkirchen waren. Trotz der Förderung durch **Rosenberg** und Teilen der SS, geduldet von anderen aus dem Sektenmilieu stammenden NS-Größen, waren die Deutschgläubigen in Nazideutschland eine Randerscheinung. Das änderte sich auch unter dem eher gemäßigten Gründungsvorsitzenden der *"Artgemeinschaft"*, **Wilhelm Kusserow**, nicht. Der Zulauf setzte ein mit dessen putschartig erfolgten Absetzung und Ersetzung durch Guido Lauenstein (Fallingbostel).
Damit begann auch die Radikalisierung der Gruppe. Heute erfüllt sie eine wichtige ideologische Funktion innerhalb des neofaschistischen Lagers. Hier werden Denk–ansätze der "Neuen" Rechten mit der NS-Nostalgie verknüpft und zur Schulung der Kader aufbereitet. So wurde die Sekte zum Sammelpunkt alter und neuer Nazis. Führende NPD-Funktionäre wie **Wilhelmine Steffens** (Rethem) und **Heiko Oetker** (inzwischen REP), Funktionäre der Wiking-Jugend wie die Familie **Schmidt**, der *"Nordische Ring"* und andere geben sich ein Stelldichein. Die Amtsübernahme durch Rieger scheint endgültig auch die FAP angezogen zu haben.
Hetendorf erlebte nach dem "Thing" und einem Abend mit Singen und Volkstanz auch eine Sommersonnenwendfeier. **Harry Radegeis**, jahrelang Herausgeber der Zeitschrift *"Heidenspaß"* und Mitglied der völkischen Sekte *"Armanen"*, sprach über die Wikinger in Deutschland, **Hermann Thiele,** auch aktiv bei Riegers *"Nordischem Ring"*, plauderte über Knut Hamsun. Für die Organisation war wieder einmal **Franz Hölzel** (Stadthagen) zuständig.
Hetendorf - ein Zentrum des braunen Netzes. Es wird deutlicher, daß Hetendorf Planegg bei München Konkurrenz zu machen beginnt, dort trifft sich jährlich das *"Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes"* (DKEG). Jetzt entwickelt sich das Heidedorf zur Alternative für die militante Fraktion, der das Rezitieren von "teutschen" Versen nicht mehr genügt.

Klaus Harbart

"Rechts"-Vertreter Rieger

"Germanenmut" und "Geschlechterstolz" sind Traditionen, die der Hamburger Rechtsanwalt Rieger besonders schätzt. Ebenso die "Leistungen" von Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg. Auffassungen, die Jürgen Rieger zu einem der bekanntesten "Rechts"-Vertreter verschiedenster Fraktionen des neofaschistischen Spektrums werden ließen.

Als Rechtsanwalt, der in zahlreichen spektakulären Prozessen die *"verfassungstreue Rechten"* vertrat und sich deren Diskriminierung vehement entgegenstellte, charakterisierte die "National-Zeitung" des DVU-Vorsitzenden **Gerhard Frey** den Hamburger Jürgen Rieger im Dezember 1986. Doch mit der Verfassungstreue ist es bei dem 1946 in Blexen geborenen *"Neonazi in der Anwaltsrobe"* (Die Zeit) nicht so weit her.

Schon frühzeitig trat er als Mitglied und Funktionär rechtsradikaler und neofaschistischer Organisationen in Erscheinung. Während seiner Studienzeit kämpfte er mit der "Aktion Oder-Neiße" gegen die Ostverträge. Dabei schreckte er auch vor Gewalt nicht zurück: 1974 wurde Rieger zu einer Geldstrafe von 3500 DM wegen zweimaliger Körperverletzung bei einer Demonstration der "Aktion Widerstand" in Würzburg (1970) verurteilt. Auch heute träumt er noch von einem großdeutschen Reich und würde am liebsten *"in einem deutschbestimmten"* Ostpreußen leben. Folglich unterzeichnete Rieger den Aufruf zum Stopp des Bundestagsneubaus in Bonn und beteiligte sich Anfang des Jahres an dem Hamburger "Bürgerforum für deutsche Einheit", einem Zusammenschluß militanter Neonazis, der NPD und anfangs auch der REP.

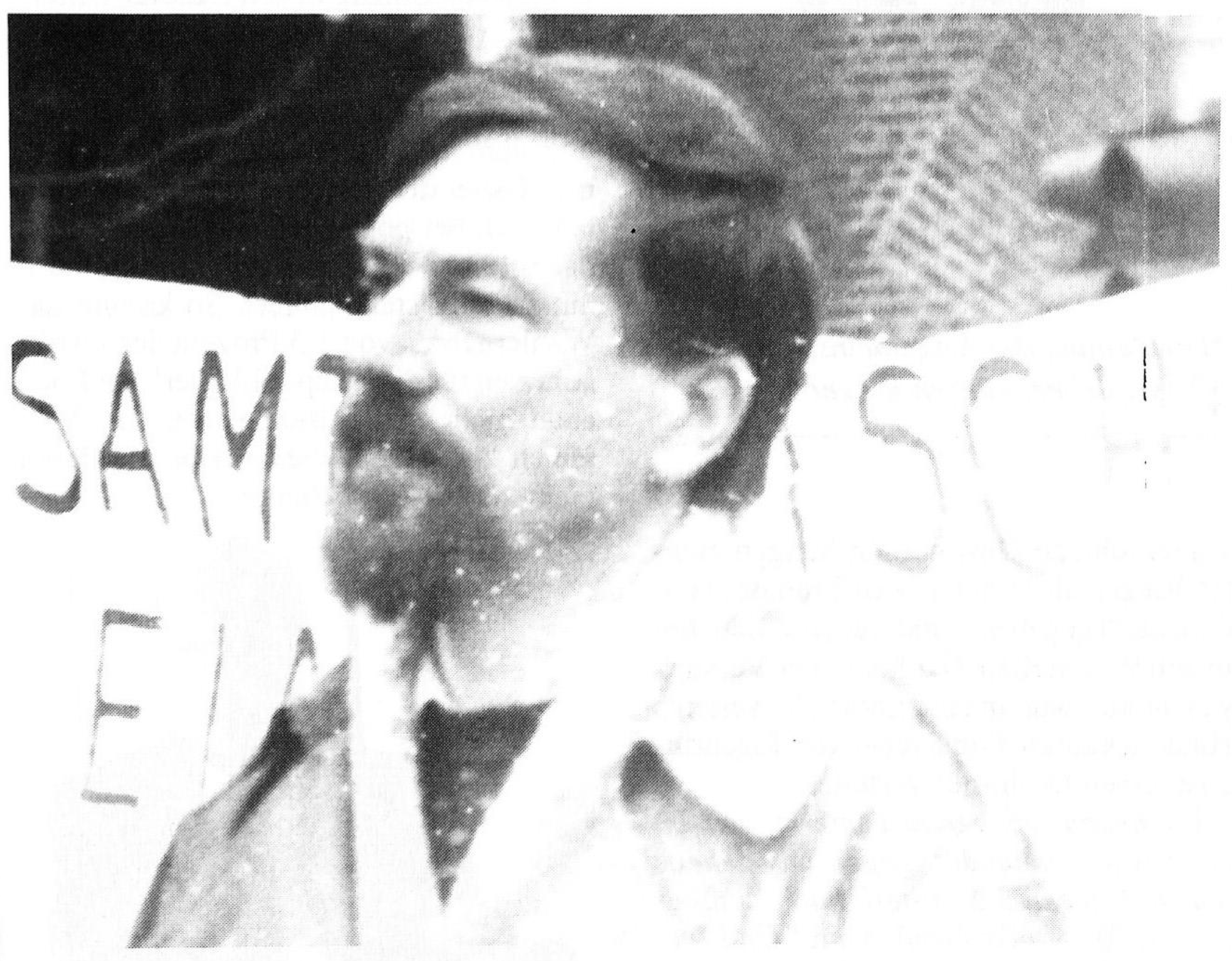
Daran, wie dieses Deutschland für ihn auszusehen hätte, ließ Rieger nie einen Zweifel: Rasserein sollte es sein. Schon als BHJ-Funktionär formulierte er 1969: *"Rasse - ein Problem auch für uns"*. In dieser Schrift, auf dem Index *"jugendgefährdender Schriften"*, greift er tief in den Topf nazistischer Ideologie. Die bisherige Geschichte definiert Rieger als *"eine Geschichte von Rassenkämpfen"*, wobei *"festgestellt werden (kann), welche Rasse für bestimmte Aufgaben besonders geeignet ist (die Weißen z.B. in Berufen, wo Intelligenz verlangt wird, die Neger im Showbusiness)"*.

Rassismus und antidemokratische Einstellungen verbinden sich mit kolonialen Vorstellungen und Traditionen: *"Appellieren wir an die, die Müdigkeit verabscheuen. Wecken wir die Kräfte unserer Rasse, die unter der genormten Zivilisationsfassade verborgen schlummern. 'Die weißen Riesen kommen' dröhnten die Trommeln der Kampfgruppe des Oberst Hoare im Kongo. Erweisen wir uns dieses Namens als würdig!"*

Nachdem Rieger als Mitbegründer und Sprecher des CSU-Freundeskreises 1971 an der vorgetäuschten Entführung des Professors **Rubin** mitgewirkt hatte, um über eine Anheizung der Terroristenhystrie die Chancen der CDU bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein zu erhöhen, wandte er sich wieder eindeutig rassistischen Organisationen zu. 1972 wurde er Vorsitzender der "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V." (GbA), übernahm die Chefredaktion der GbA-Zeitung "Neue Anthropologie" und begann auch in völkisch-rassistischen Sekten Aktivitäten zu entwickeln. Heute ist Rieger Leiter der "Artgemeinschaft - Glaubensbund wesensgemäßer Daseinsgestaltung", Schriftleiter der dazugehörigen "Nordischen Zeitung", Funktionär im "Nordischen Ring" und gehört damit zu den Personen, die sämtlichen neofaschistischen Organisationen ideologische Grundlagen, für deren mehr oder weniger versteckten Rassismus liefern. Erstaunlich an allen diesen Organisationen ist die finanzielle Potenz. Die GbA ist durch eine Erbschaft immerhin zu einem Drittel Mitbesitzerin des Neonazi-Zentrums Hetendorf 13 in der niedersächsischen Gemeinde Hermannsburg und bot unlängst für ein weiteres Anwesen in dem kleinen Dörfchen 312.000 DM. Schon 1983 hatte Rieger für den "Nordischen Ring" ein Haus in Oerlinghausen bei Bielefeld gekauft.

Riegers politische Aktivitäten beschränken sich jedoch nicht aufs Organisieren und Publizieren. Seit 1975 ist er als Rechtsanwalt für zahlreiche Neonazis in Erscheinung getreten. Zu seinen Mandanten gehören der Deutsch-Kanadier **Ernst Zündel** ebenso wie **Christian** und **Ursula Worch** und andere Mitglieder der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" des **Michael Kühnen**, **Edgar Geiß** (für den er jüngst die Echtheit der Tagebücher der Anne Frank anzweifelte), **Berthold Dinter**, den Organisator der jährlichen Heß-Gedenkkundgebungen in Wunsiedel oder das Nazi-Ehepaar **Pederson** aus Sörup.

Seit 1988 verantwortlich für die Verbandszeitschrift "Recht und Justiz" des "Deutschen Rechtsschutzkreises/Deutsche Rechtsschutzkasse" machte Rieger 1980 Schlagzeilen durch die Verteidigung des ehemaligen SS-Offiziers **Arpad Wiegand**. Rieger stellte fest, daß es *"durchaus fraglich (sei), ob auch nur ein Jude an Hunger im Ghetto* (von Warschau, K.H.) *gestorben wäre, wenn es mehr Solidarität unter den Juden gegeben hätte"*. Er argumentierte weiter, daß der Schießbefehl gegen jüdische Menschen, die außerhalb des Ghettos angetroffen wurden, nicht auf Rassenhaß zurückzuführen oder niedrig motiviert gewesen sei, sondern als Maßnahme zur Bekämpfung der Flecktyphus-



Rieger auf einer Demonstration des Bürgerforums für Deutsche Einheit, Februar 1990 in Hamburg

Erkrankung, *"als rigorose Eindämmung gegen die Ausbreitung der Epidemie"* zu verstehen sei. Zwei Verurteilungen Riegers wegen dieser *"unglaublichen und überdeutlichen Grenzüberschreitungen"* (Die Zeit) durch Hamburger Gerichte wurden 1987 durch den Bundesgerichtshof wieder aufgehoben.
Die Verharmlosung und Rechtfertigung des NS-Terrors hat bei Rieger Methode. Er selbst schreckt nicht vor der Ankündigung gewalttätiger Maßnahmen zurück. *"Die Rassenkämpfe der Zukunft sollen uns nicht unvorbereitet sehen"*, schreibt er 1969. In der 1987 durch den niedersächsischen NPD-Ideologen **Hans-Michael Fiedler** herausgegebenen Schrift *"Biologische Grundlagen deutscher Politik"* sieht er die Notwendigkeit, die *"eigenen soldatischen Tugenden (zu) entwickeln und einzusetzen"*. Unter Hinweis auf die Tierwelt, wo *"Fremde"* unverzüglich totgestochen und totgebissen werden, erwartet er angsichts einer *"Invasion von Fremden in unser Land"*, *"daß die Abwehrinstinkte der Bevölkerung aktiviert werden, daß sich eine Abwehrfront aufbaut, die die Herrschenden auch mit noch soviel Propaganda nicht wegbekommen."*



Die Zeitung der Artgemeinschaft, Schriftleiter: Jürgen Rieger

Unverhohlene Gewaltandrohungen richtet Rieger nicht nur gegen Fremde, sondern auch gegen alle anderen, die sich ihm in den Weg stellen. Nachdem der Versuch gescheitert war, in Hetendorf ein weiteres Haus zu kaufen, ließ Rieger von Jugendlichen einen Drohbrief verteilen:
"Wir haben uns genau gemerkt, wer im Dorf uns verleumdet, gegen uns gehetzt und sich gegen uns gestellt hat", heißt es in dem Brief. Drohend dann: *"Und wer Krieg haben will, soll ihn bekommen. Auge um Auge, Zahn um Zahn."*

Jörg Daniels und Klaus Harbart

Die Zeitbombe tickt weiter

Selten zuvor war in Niedersachsen eine so große Zahl von rechtsradikalen bis neofaschistischen Parteien angetreten, wie bei den Landtagswahlen am 13. Mai. Doch ihre Rechnung, im Fahrwasser der REP nach Wählerstimmen zu fischen und dabei vor allem der Union Prozente abzunehmen, ging nicht auf: Am Ende konnte der Block rechts der CDU mit rund 90.000 Zweitstimmen kaum mehr als zwei Prozent auf sich vereinigen.

Mit 4,8 Prozent bei den Europawahlen hatten die "Republikaner" 1989 deutlich gemacht, daß es auch in Niedersachsen ein erhebliches WählerInnenpotential gibt, das mit nationalistischen und rassistischen Politikkonzepten zu gewinnen ist. Der REP-Erfolg von damals ermunterte gleich mehr als ein Dutzend Rechtsparteien bei den Landtagswahlen 1990 mit eigenen Listen anzutreten. So tauchten auf den Wahlzettel neben den REP-Abspaltungen "Bund Der Deutschen Demokraten" (DDD) und "Demokratische Republikaner Deutschland" (DRD) altbekannte Bündnisse wie die NPD, die "Deutsche Partei" (DP), die "Patrioten für Deutschland" oder die "Freiheitliche Volkspartei" auf.
Sie alle hofften, nicht zuletzt von den innerparteilichen Auseindersetzungen profitieren zu können, die die REP mit dem näherrückenden Wahltermin in immer größere Schwierigkeiten brachten. Da halfen auch die Durchhalteparolen des neuen Landesvorsitzenden und Finanzmaklers Werner Haase wenig, der das Land mit einer großangelegten Anzeigenkampagne überzog und unentwegt verkündete, seine Partei werde mit sieben Prozent einen grandiosen Einzug in den Landtag halten. Die Intrigen und Postenrangeleien, die unter anderem dem Landesvorsitzenden und Ex-NPD-Funktionär Norbert Margraf und dem Uni-Professor Bernd Tschammer-Osten die Parteiämter kosteten, hatten auch bei potentiellen Wählern längst das Bild von einer heilen Recht-und-Ordnung-Partei stark lädiert. So konnte das Wahlergebnis von 1,5 Prozent der Zweitstimmen für die "Republikaner" am Ende auch nicht mehr überraschen. Im Vergleich zur Europawahl verlor die Partei mehr als 100.000 Wähler.



gescheitert: REP-Landesvorsitzender Werner Haase

Eine noch größere Schlappe mußten die REP mit 0,1 Prozent bei den Erststimmen einstecken. Wo es der Partei überhaupt gelang, eigene Direktkandidaten aufzustellen, wurden die meist frühzeitig von antifaschistischen Gruppen politisch entlarvt und isoliert. Einzige Ausnahme: Der Ex-CDU-Landtagsabgeordnete und Wahlfälscher "Knobel"-Kurt Vajen, der - massiv durch die Berichterstattung der "Rotenburger Kreiszeitung" unterstützt - in seinem Wahlkreis 5,3 Prozent der Erststimmen und 3,8 Prozent der Zweitstimmen holte.
Auch wenn die Landtagswahlen für die REP zu einem Desaster wurden, so läßt das Ergebnis gleichzeitig erkennen, daß die Rechtsparteien nachwievor auf ein erhebliches WählerInnenpotential in Niedersachsen setzen können. Im Vergleich zu den Landtagswahlen 1986 verzeichneten sie sogar eine deutliche Steigerung. Damals hatten lediglich die "Patrioten für Deutschland" und die inzwischen aufgelösten "Weißen" kandidiert und zusammen 0,4 Prozent geholt. Bei den Landtagswahlen am 13. Mai kam der rechte Block auf über zwei Prozent, was allein bezogen auf das Abschneiden der REP einen Zuwachs von 56.000 Stimmen bedeutet.
Das es nicht noch mehr wurden, ist sicher zum Teil auf das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU/FDP auf der einen und SPD und Grünen auf der anderen Seite zurückzuführen. Es dürfte manche(n) WählerIn davon abgehalten haben, die Stimme an die REP zu "verschenken". Zumal sich die Union mit dem Fall der Mauer in den vergangenen Monaten selbst zunehmend für die Durchsetzung nationalistischer und fremdenfeindlicher Ziele empfahl. Daß sie mit ihren Aussagen zur Oder-Neiße-

Grenze oder der Verschärfung der Ausländergesetze den Ton von REP-Wählern traf, ließen bereits vor der Landtagswahl Umfragen erkennen, die die REP bundesweit nur noch bei zwei bis drei Prozent orteten. Fraglich bleibt, wie sich die im Vergleich zu 1986 um 2,4 Prozent geringere Wahlbeteiligung ausgewirkt hat. Möglicherweise hätten auch die REP mehr WählerInnen mobilisieren können, wenn ihnen in den Prognosen eine reale Chance auf den Einzug ins Landesparlament eingeräumt worden wäre.
Unterm Strich stärkt das Resultat die Einschätzung Günter Wallraffs. Er sieht mit den REP trotz ihrer jüngsten Wahlergebnisse eine "Zeitbombe" gelegt, deren Stunde gekommen ist, wenn sich eine wirtschaftliche Krisensituation einstellt und sich Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot verschärfen.
Bis dahin können die niedersächsischen REP zumindest finanziell saniert ausharren: Ihre 1,5 Prozent haben für eine Wahlkampkostenerstattung von 400.000 DM ausgereicht, die aus Steuermitteln in ihre Parteikassen floß.

Jürgen Trittin:

Niedersachsenwahl:Rechte Verluste

"Die schwarze Sau ist tot - wir blasen das Halali" tönte es aus dem Keller des Landtages. Dort im Dienstbotenbereich des alten Leineschlosses durchlitten Die Grünen den spannensten Wahlabend seit langem. Gegen 19.00 Uhr war klar, 14 Jahre Albrecht sind vorüber. Der Sekt konnte aufgemacht werden. In diesen Tagen wird in Niedersachsen eine rot-grüne Mehrheit gewählt werden. Der Sieg von SPD und Grünen ist gleichzeitig eine Niederlage der politischen Rechten in Niedersachsen.
Tatsächlich besteht Anlaß zu eher nachdenklicher Freude. Die Grünen waren angetreten, die Regierung Albrecht abzuwählen. Vom erzwungenen Mißtrauensvotum über die Forderung nach Neuwahlen, nachdem Vajen zu den REP übergelaufen war, bis in den Wahlkampf hinein war es den Grünen gelungen, in diesem Lande eine Klima zu erzeugen, in dem die Notwendigkeit eines Wechsels mehrheitsfähig wurde.
Die Ablösung der konservativ-liberalen Regierung, zu der die Grünen einen gehörigen Beitrag geleistet haben, wurde mit einer massiven Stärkung der SPD erkauft. Die Grünen sind gerade daran vorbeigerutscht, sich totzusiegen.
Für die bevorstehenden großdeutschen Wahlen wie für die Bundestagswahlen würde ein Rückfall auf das reine grüne StammwählerInnenpotential das parlamentarische Aus für eine Kraft links von der SPD bedeuten. Es würde gleichzeitig die bundesweite Hegemonie von CDU und FDP garantieren.
Insofern ist die von Gerd Schröder zum Auftakt der rot-grünen Verhandlungen getroffene Feststellung, bei diesen Verhandlungen stehe bei einem Partner die Existenz auf dem Spiel richtig. Daß aus dieser rosa Hegemonie eine umfassende grüne Erpressbarkeit resultiert ist aber nicht zwingend und wurde durch die Koalitionsvereinbarung widerlegt.

CDU und DDR-Anschluß

Die CDU hat die Niedersachsen-Wahl vor allem wegen ihrer Politik des Anschlusses der DDR verloren. Den Zeitpunkt zu einem Machtwechsel hat Albrecht nach dem für ihn glücklichen Ausgang des Mißtrauensvotum einfach verpaßt. Das verspätete Setzen auf Rita Süßmuth wurde als Mogelpackung entlarvt. Damals 1988 wäre mit ihr sicherlich ein Neuanfang einfacher zu symbolisieren gewesen als 1990 mit einem Kandidaten anzutreten, der gar nicht Ministerpräsident werden wollte, aber nicht bereit war zu sagen, wann er sich denn nun in den Ruhestand zurückzöge.
Die Maueröffnung am 9. November 1989 gab der CDU noch einmal Hoffnung. Auf einer Woge des Nationalismus wollte sie ihre Skandale vergessen machen. Albrecht wollte nicht mit seinen Leistungen Wahlkampf machen, sondern mit dem Traum von einem "starken Niedersachsen im Herzen Deutschlands". Als die Kosten dieses Abschlußkurses in Form wachsender Wohnungsnot und Arbeitsplatzängste übermächtig wurden, kehrte sich diese Karte gegen den, der sie spielen wollte.
Wie abgewirtschaftet CDU und FDP sind, wurde erst am 13. Mai 1990 deutlich: Ohne Ernst Albrecht und mit einer deutlich demontierten Rita Süßmuth ist die Niedersachsen-CDU kopf- und profillos. Sie richtet sich unter ihrem Krisenmanager Jürgen Gansäuer auf eine lange Zeit der Opposition ein. Und ihre personelle "Erneuerung" in der Nach-Hasselmann-Ära wird zwischen so farblosen Kandidaten wie den Ex-Innenminster Stock und Staatssekretär von Geldern ausgefochten.

REP am Ende?

Daß es für die CDU nicht noch dicker kam und sie wie bei den Europawahlen unter 40 % rutschte hat sie allerdings der deutsch-deutschen Entwicklung zu verdanken. Ihr schärfste Konkurrenz von rechts - die REP - blieb diesmal bei 1,5 % hängen. Die Ursachen dieses Niedergangs sind unterschiedlich und im Rechten Rand schon vielfach beschrieben worden.
Die Niedersachsen-REP, von Anfang an ein Auffanglager für den organisierten Neofaschismus in diesem Lande taumeln seit ihrem Bestehen von einem Skandal zur nächsten Affäre bis hin zur Spaltung. Inzwischen zeigte sich durch Schönhubers Rücktritt, daß dies keine Berliner und niedersächsische Spezialität ist. Offensichtlich ist die Integrationskraft im rechten Lager nicht soweit entwickelt, daß die REP sich zur dauerhaften politischen Führungskraft des Neofaschismus auf Dauer stabilisieren konnten.
Die Öffnung der Mauer und der Anschluß an DDR haben nicht nur einen neuen Nationalismus und Chauvinismus hoffähig gemacht, dieser Nationalismus wurde auch umgehend von CDU wie (Teilen der) SPD besetzt. Die Bonner Koalition - von Vertriebenen- und anderen Revanchistenverbänden jahrelang als Verräter gegeißelt - war plötzlich der Garant eines neuen Großdeutschland. Damit brach die ideologische Grundlage für die Wahlerfolge der REP auf. Diese bestand und besteht im Kern in einem starken Nationalismus wie im dumpfen Ressentiment gegen Ausländer und alle die "man" gerne unter sich sieht. In dem Moment wo diese beiden Elemente in Widerspruch gerieten, als die Wiedervereinigung Hunderttausende "Wirtschaftsflüchtlinge" (wie es in rechten Kreisen heißt) in Form der Übersiedler in die BRD brachte, trug das Fundament aus Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit nicht mehr.
Insofern hat die Niedersachsen-Wahl einen Trend fortgesetzt, der schon bei den Wahlen im Saarland deutlich zu beobachten war. Daß damit die REP auf Dauer von der Bildfläche verschwunden sind, ist noch nicht ausgemacht. Angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise in der DDR, anhaltenden Wanderungsbewegungen in einem Großdeutschland zeichnen sich bereits jetzt soziale Konflikte in einer Schärfe ab, die rechten Demagogen ein ideales Betätigungsfeld bieten. Der Zuspruch, dem sich der militanten Neonazismus in der DDR erfreut, ist nur ein Vorgeschmack von dem, was da auf uns zukommen könnte.

Doris Kemper und Andres Garcia

Empfindlicher Dämpfer für "Republikaner" in NRW

Mit 1,8% der abgegebenen Stimmen bei den Landtagswahlenin Nordrhein-Westfalen (NRW) liegen die "Republikaner" weit unter dem Ergebnis bei den EG-Wahlen 1989 (4,1%). In ihren Hochburgen Gelsenkirchen, Hagen, Wuppertal und Köln erreichten sie zwischen 2,8 und 3,8% der Stimmen. In Recklinghausen mußte die Kommunalwahl wiederholt werden, weil die REP Wahlunterschriften gefälscht hatten. Sie erreichten dort 4,8%.Die Gründe für dieses Desaster sind vielfältig

Die aktuelle Tagespolitik hat die REP vollkommen überfahren. In Sachen Nationalismus, Antikommunismus und "Wieder"vereinigung wurden sie von den etablierten Parteien rechts überholt. Das übriggebliebene REP-Thema "Ausländer- bzw. Aussiedlerproblematik", brachte die REP selbst in Widersprüche.
Zum zweiten hatten sich die internen Streitereien um Einfluß, Geld und Pöstchen derart ausgeweitet, daß reihenweise Mitglieder entweder von selber gingen oder ausgeschlossen wurden. Zum dritten hat antifaschistische Aufklärungsarbeit diese Partei ins "rechte" Licht rücken können.
Der nordrhein-westfälische Landesverband ist in zwei große Fraktionen gespalten, die sich mit gegenseitigen Rechtsextremismus-Vorwürfen überhäufen. Auf der einen Seite sind eine Reihe von Altrechten aus NPD, DVU und ähnlichen Organisationen, die bis kurz vor der Wahl im Landesvorstand saßen, wie der Lohmarer **Karl Denkewitz**, ex-stellvertretender Landesvorsitzender der REP. Denkewitz spielte eine vergleichbare Rolle wie in Niedersachsen **Norbert Margraf**. Auch er brachte seine NPD-Kameraden in Schlüsselpositionen unter und konnte so die REP für sich funktionalisieren: den im Herbst 1989 zurückgetretenen Landesvorsitzenden **Kurt Beckmann** z.B. oder den ebenfalls vom Landesvorstand zurückgetretenen Wolfgang Rau, der jetzt im Düsseldorfer Stadtrat sitzt und als Kreisvorsitzender fungiert.
Gegner des *"alten"* Landesvorstandes ist die *"Kölner rfs-Mafia"* um **Markus Beisicht**, die die *"Intellektualisierung"* der Partei propagieren und mit nationalrevolutionären Sprüchen andere Neofaschisten an sich banden: In Köln, wo die Partei mit 7,4% bei den Kommunalwahlen in den Rat einzog, haben sechs der sieben Ratsmitglieder eine einschlägige Vergangenheit: Markus Beisicht, **Gabriele Schläper** und **Ute Rottler** kommen vom neofaschistischen *"Ring Freiheitlicher Studenten"* (rfs). Von der NPD/JN kam **Manfred Rouhs**. Aus dem Ableger der militanten *"Wiking-Jugend" "Sturmvogel"* kamen **Birgit Golombek**, sowie der Bezirksvertreter **Mark Scharfenberg**. Die Ratsmitglieder **Friedrich Ring** und **Joachim Weyer**, die sich jüngst als Gruppe *"Die Bürger"* von den REP abspalteten, spielten wichtige Rollen bei den neofaschistischen Gruppen *"Deutscher Bürgerschutz"* und *"Wotans Wölfe"*. Der Bezirksvertreter **Marcus Bauer** kommt aus dem nationalrevolutionären Spektrum. Drahtzieher mit guten Kontakten zur gesamten neofaschistischen Szene ist der Geschäftsführer der Kölner Ratsfraktion **Rainer Vogel**, der 1979-1983 Bundesvorsitzender der *"Jungen Nationaldemokraten"* war und zusammen mit dem NPD-Kreisvorsitzenden **Hartmut Neumann** im Hinterhof der Roonstr. 49 ein neonazistisches Zentrum schuf. Der Kreisgeschäftsführer der Kölner REP **Wilhelm Cronenberg** (Ex-NPD) war verwickelt in Waffengeschäfte und gewährte in den 70er Jahren dem flüchtigen Rechtsterroristen **Eckart Weil** Unterschlupf.

Brauner Sumpf Köln-Bonn

In Bonn war **Etti Scherer**, Mitglied im *"alten"* Landesvorstand und Bonner Kreisvorsitzende der REP, emsig bemüht, den Landesverband von Personen mit krimineller oder rechtsextremer Vergangenheit zu säubern. In ihrem eigenen Kreisverband tummelten sich allerdings die Neofaschisten. Aus dem *"Ring Freiheitlicher Studenten"* kamen die Bonner Kommunalwahlkandidaten **Heinz Schmolke, Theodor Homann sowie Helge Korell. Klemens Behler** war Waffen-SS-Mann und später Direktor des Waffenkonzerns Diehl. Der Bonner **Peter Boßdorf** sitzt im Bundesvorstand des rechtsextremen *"Gesamtdeutschen Studentenverbandes"* (GDS). Mitglieder dieser Organsiation prügelten 1984 auf dem Kaiserplatz zusammen mit Wiking-Jugend, FAP und Borussenfront auf Bonner Punker ein. Einer der später verurteilten Schläger des GDS, **Hartmut Heger**, ist heute REP-Funktionär in Wilhelmshaven.
Daß Bonn und Umgebung auch eine Hochburg der militanten *"Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei"* (FAP) bzw. der "Wiking-Jugend" (WJ) ist, schlägt sich bezeichnenderweise auch bei den REP-Kandidaten der letzten Kommunalwahl nieder. Mindestens sechs kamen aus der FAP/WJ oder ihrem Umfeld: in Bonn **Stefan Niederhöfer**, der 1988 verurteilt wurde, weil er mit anderen FAP-Mitgliedern über den Friedensplatz marschierte, das Horst-Wessel-Lied sang und *"Juda verrecke"* gröhlte; in Troisdorf **Dietmar Meyer** und **Udo Krause**. Krause war einer von drei Verfassern eines Drohbriefes an eine türkische Mitschülerin (*"Betrifft: Reinigungsaktion Deutschland - Du alte Türkensau"*) - Meyer ist in Sachen FAP strafrechtlich in Erscheinung getreten. In Siegburg **Oliver Spiller**; in St. Augustin **Olaf Lange** und **Theodor Henn**. Über letztgenannte laufen auch die Kontakte der REP zur FAP in St. Augustin. Henns Sohn **Ulrich Henn** ist führender Kader der FAP-St. Augustin.
Beste Kontakte auf höchster Ebene gibt es übrigens zwischen der Kölner Ratsfrau Birgit Golombek und dem *"Gauführer Mittelrhein"* der FAP **Ralf Tegethoff** aus Bad Honnef. Beide kennen sich noch aus gemeinsamen WJ-Zeiten.
Dem neuen aus Bayern importierten NRW-Landesvorsitzenden **Ekkehart Voigt** ist die Herkunft von Funktionären und Kandidaten gleichgültig: "Die dürfen nur nicht vorne stehen, in der zweiten und dritten Reihe ja".

Grauzone

Nach dem Wahldesaster in NRW und Niedersachsen zeichnet sich eine neue Strategie ab. Da mit gegenseitigen Rechtsextremismus-Vorwürfen und Parteiausschlußverfahren, Wahlen von neuen Vorständen und der Aufstellung von *"Saubermännern bzw. -frauen"* als Landtagskandidaten das Bild der Partei nicht verbessert werden konnte, ist jetzt nach der Wahl eine hohe Austrittswelle zu verzeichnen. Viele dieser Ausgetretenen schwören dem Rechtsextremismus energisch ab. In den meisten Fällen wohl aus taktischen Erwägungen. Nicht wenige sind in Vertriebenenorganisationen aktiv. Seit der Gründung der REP ist der CDU-Einfluß auf die Vertriebenenverbände stetig gesunken. Einige Funktionäre der REP kommen von sogenannten *"Landsmannschaften"*. Hier sehen die Neofaschisten inner- und außerhalb der REP im Zuge der deutschen Einigung und der von ihnen befürchteten Festschreibung der Grenze zu Polen ein zukünftiges Betätigungsfeld. Einen kleinen Skandal gab es im letzten Jahr, als der Bonner General-Anzeiger

über die intensive Betreuung von Aus- und Übersiedlern durch die *"Landsmannschaft Schlesien"* unter ihrem Vorsitzenden **Freiherr von Strachwitz** berichtete. Das Blatt verschwieg dabei, daß besagter Freiherr gleichzeitig Mitglied und Kandidat für die Bonner REP ist. Im selben Bericht wird die Jugendreferentin der *"Landsmannschaft"* **Yvonne Olivier** erwähnt und zitiert. Sie ist Mitglied einer rechtsextremen geistigen Wehrsportgruppe, die sich *"Thule-Seminar"* nennt. Olivier ist außerdem frisch in den NRW-Landesvorstand des *"Bundes der Vertriebenen"* gewählt worden. Dort darf man auf ihre nationalrevolutionäre Politik gespannt sein.

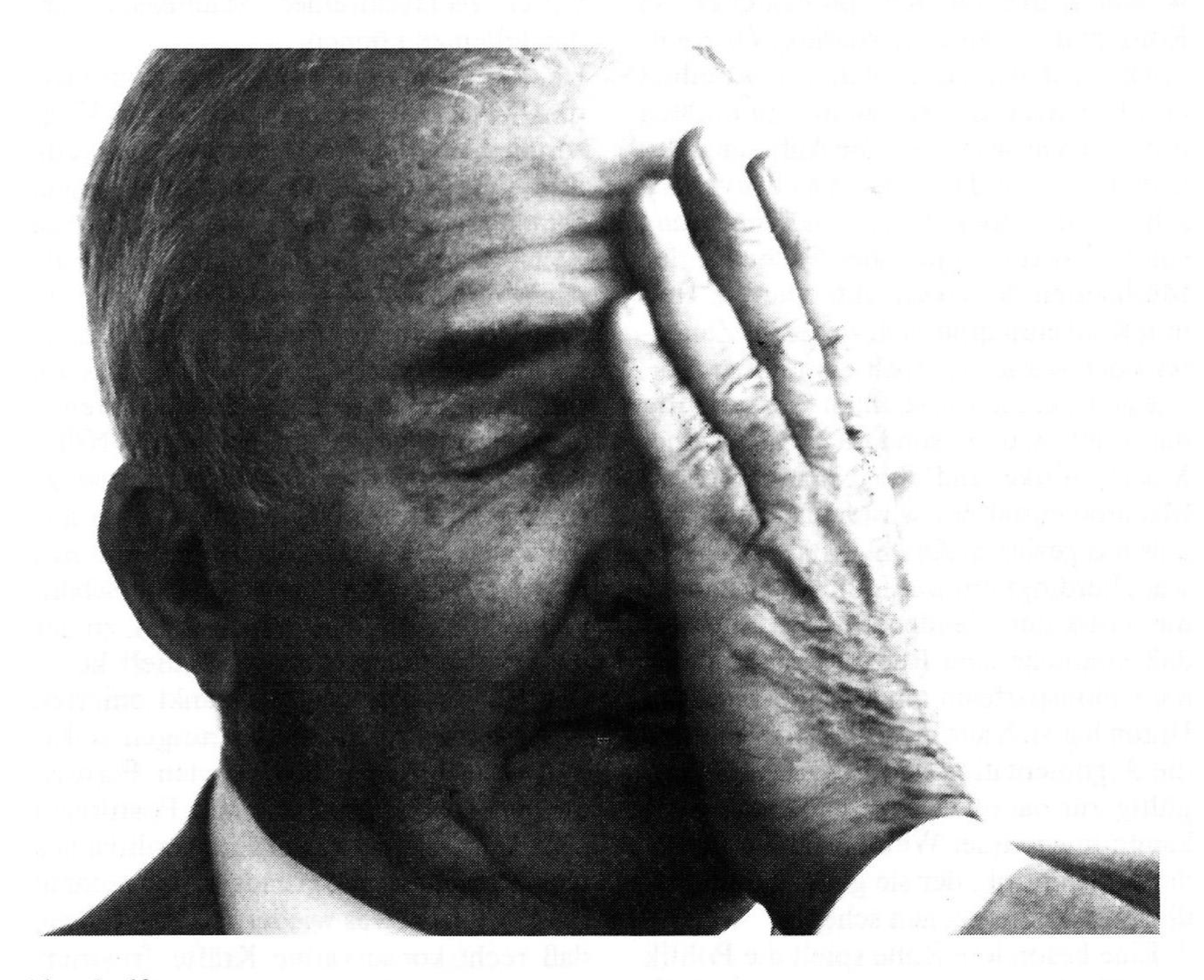
Eine besondere Rolle spielt eine Organisation, die sich *"Volksbund Deutscher Ring"* (VDR) nennt. Dieser 1962 gegründete und als gemeinnützig anerkannte Verein, ist eine Tarn- und Bündnisorganisation der neofaschistischen Szene des Köln-Bonner Raumes. Führender Kopf des VDR in Bonn ist der rechtsradikale Verleger, Buchhändler und REP-Mitglied **Peter Wegener**. Bei Zusammenkünften des VDR gibt es regen Kontakt zwischen den verschiedensten Organisationen, von der CDU bis tief hinein in das neofaschistische Lager. Bei der VDR-Jahreshauptversammlung 1987 trafen sich z.B. Gabriele Schlaeper und Markus Beisicht von den REP mit **Arthur Marson** von der DVU, **Anita Zickert** von der NPD und **Adolf Hellmich**, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Kölner CDU. Beisicht selbst erwähnte dem WDR gegnüber, daß über die *"VDR-Schiene"* inoffizielle Kontakte zur CDU bestehen würden.

Helmut Kellershohn

Out of Rosenheim !

Mit dem Rücktritt Schönhubers vom Posten als Bundesvorsitzender der REP ist das Ende seiner politischen Karriere in greifbare Nähe gerückt. Der selbsternannte "Erneuerer Deutschlands" war zwar schon immer die Karikatur einer Heldenfigur; solange aber die Erfolgskurve nach oben zeigte, wollte einem das befreiende Lachen nicht so recht gelingen. Nach den vernichtenden Niederlagen bei den letzten drei Landtagswahlen war Schönhuber jedoch auf das Maß des überalterten Politikers zurechtgestutzt: nicht ewig jugendlicher Rebell ("Angriff ist die Devise"), sondern pensionsreifer "Leithammel" mit dem Anspruch auf "stille Tage" am Bosporus ("bei meinen türkischen Freunden"). Schönhuber auf dem Weg ins türkische Asyl - REPublikaner vor der Spaltung?

In der Tat geht es weniger um die Person Schönhuber, als vielmehr um die Zukunft der Partei und damit um die Perspektiven des Rechtsextremismus in der BRDDR. Allein schon deswegen verbietet es sich, allzulange beim Spott auf Schönhuber zu verweilen. Schönhuber spielte seine bestimmende Rolle beim Aufbau der REP und dann - ab 1985 - als Bundesvorsitzender der Partei aus dem inneren Antrieb verletzter Eitelkeit, nachdem er beim Bayrischen Rundfunk bzw. bei F. J. Strauß in Ungnade gefallen war. Er konnte sie spielen, weil er wie kein anderer den Part der verfolgten Unschuld mit dem des durchtriebenen, machtbewußten Opportunisten mischte und weil er, ebenfalls wie kein anderer, die von Strauß meisterhaft vorgeführte Rolle des autoritären Rebellen öffentlichkeitswirksam kopierte.



Abgehalftert

Die REP waren von Anfang an, erst recht seit 1985, eine Sammlungsbewegung rechtskonservativer und rechtsextremer Kräfte. Die einen wollten eine Art bundesweite CSU ohne den Verräter Strauß, dessen Milliarden-Deal mit Honecker den Anstoß für die Gründung der Partei gegeben hatte; die anderen wollten eher eine *"politikfähig"* gemachte NPD mit nationalkonservativem Zuschnitt. Wollten die einen den bundesrepublikanischen Konservatismus nach englischem Vorbild gründlich radikalisieren, so strebten die anderen danach, den Neofaschismus in das *"demokratisch legitimierte"* Parteienspektrum zu implantieren. Beide Strömungen trafen sich und brüteten, ideologisch wie personell, Kompromißlinien aus. Schönhuber war nichts anderes als die personifizierte Schnittmenge zwischen beiden Lagern, populär aufgrund seiner Tätigkeit beim Bayrischen Rundfunk, nicht vorbelastet durch eine parteipolitische Karriere und der Typ des populistischen Demagogen. Schönhuber war nicht der *"Führer"* und die Partei nicht *"seine"* Partei. Er *"verdiente"* sich diese Aura nur, weil die exponierten Kräfte der Partei auf ihn als Integrations- und Leitfigur nicht verzichten konnten. Ansonsten stand seine Hausmacht immer auf wackligen Beinen, mußte er immer wieder zwischen den Lagern lavieren und taktieren, war seine Position eine Position auf Zeit.

Schönhuber als Putschist

Aufstieg und Fall Schönhubers beleuchten symptomatisch die prekären Existenzbedingungen von Sammlungsbewegungen am Rande des etablierten Parteienspektrums. Auf Gedeih und Verderb stehen sie unter dem Zwang zum Erfolg. Zugleich zählt Erfolg nicht allein, wenn die Ziele der miteinander kooperierenden und konfligierenden Kräfte sich letztlich als inkompatibel erweisen. Für beide Aussagen bieten die GRÜNEN Anschauungsmate-

rial in Hülle und Fülle. Den REPs droht das Geschick, bereits auf halbem Wege des Erfolgs stecken zu bleiben. Die Fünf-Prozent-Hürde erscheint schier unüberwindbar. Das Hauen und Stechen hat daher nicht auf sich warten lassen und erfaßte mit Schönhuber das Zentrum der Partei. Schönhuber trat die Flucht nach vorne an. Er putschte, indem er seinen Willen bekundete, gegen den Exponenten des NPD-Flügels, **Harald Neubauer**, bei der Wahl um den Posten des bayrischen Landesvorsitzenden, den bisher Neubauer innehatte, zu kandidieren. Begründung: es gelte, *"jene Kräfte (zu bekämpfen), die sich von ihrer extremistischen Vergangenheit weder politisch noch geistig gelöst haben"* (zit. nach SPIEGEL 21/1990). Natürlich eine scheinheilige Argumentation, war doch Neubauer von Schönhuber selbst nach oben gehievt und zum Kronprinzen der Partei aufgebaut worden. Es müssen also tiefere Gründe Schönhuber bewogen haben, die Keule des Extremismus-Vorwurfs zu schwingen. Er putschte wider Willen, aber mit Berechnung. Sein Kalkül beruhte auf einer Einschätzung der innerparteilichen Konstellationen. War sie realistisch?

Bruchlinien der Partei

Die REP haben - in den letzten Monaten ist dies immer offenkundiger geworden - ein strukturelles Problem. Sie sind eine Sammlungsbewegung heterogener Kräfte von rechtskonservativ bis rechtsaußen. Innerhalb dieses Spektrums liegt der strategische Schwerpunkt notwendigerweise auf einer *"konservativen Option"* (**K.H.Weißmann** in Criticon 113), deren Adressat konservative *"Basisbewegungen"* sind, die mit der Wendepolitik der Unionsparteien unzufrieden sind (oder es waren). Notwendigerweise deswegen, weil vor allem dieses Spektrum (z.B. Vertriebene, wertkonservative Ökologen, christliche Fundamentalisten, konservative Intelligenz) Möglichkeiten zur Stimmenmaximierung bietet. Voraussetzung einer solchen Orientierung ist allerdings, daß die Partei ihren Diskurs nicht allzuweit entfernt von den traditionell konservativen Mentalitäten und Stimmungen ansiedelt. Das jüngste Parteiprogramm, verabschiedet in Rosenheim zu Beginn des Jahres, kann als markanter Ansatz zu einer solchen Diskursstrategie gelten.

Im Gegensatz zum strategischen Schwerpunkt der Partei liegt der organisationspolitische Schwerpunkt bei den politischen Kadern, die aus dem rechtsextremen Lager kommen. Die bemerkenswerte Milieuschilderung (*"Deutschland ganz rechts"*) des Kölner Journalisten Michael Schomers, der eine Zeitlang unerkannt bei den Kölner REP *"hospitierte"*, verdeutlicht, wie das organisatorische Gerüst der Partei vor allem von ehemaligen NPD-Kadern, Nationalrevolutionären und rechtsextremen Studentenfunktionären gebaut worden ist. Das rechtskonservative Lager ist organisationspolitisch gesehen eher unterrepräsentiert, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, daß erfahrene und namhafte Politiker aus diesem Spektrum im allgemeinen Mangelware sind. Für solche potentiellen Führungskräfte ist die Attraktivität einer Karriere in der Union nie ernsthaft in Frage gestellt worden. Seit Beginn des Jahres ist im Gegenteil die Tendenz die, daß rechtskonservative Kräfte die Basis der Partei in verstärktem Maße wieder verlassen.

Der strukturelle Widerspruch in der politischen Formation der REPublikaner, eine *"konservative Option"* zu fahren und dabei zugleich auf die organisationspolitische Kompetenz rechtsextremer Kräfte zurückgreifen zu müssen, ist in keiner Phase der Parteientwicklung aufgelöst worden. Aus aktuellen Gründen ist der Widerspruch vielmehr immer offenkundiger geworden.

1. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen vor allem in NRW und Niedersachsen haben das Problem immer wieder medienwirksam in den Vordergrund geschoben. Die interessierte Öffentlichkeit mußte den Eindruck gewinnen, die Partei sei eine durch Intrigen, Skandale und Inkompetenzen gekennzeichnete Formation. Der von links ins Spiel gebrachte Vorwurf, es handele sich bei den REP um verkappte Neonazis, wurde sogar in gewisser Weise untermauert, zumal er von der Springer-Presse (BILD!) geschickt und massenwirksam aufgegriffen wurde (z.B. nach der Aschermittwoch-Rede Schönhubers).

2. Die politische Stoßrichtung, mit der insbesondere das Zentrum um Schönhuber in das Wahlkampfjahr 1990 gehen wollte, galt der Deutschlandpolitik (*"Wir sind die Deutschlandpartei!"*). Hier glaubte man seit Mitte des vorigen Jahres, der politischen Öffentlichkeit die Zauberformel präsentieren zu können, mit der die *"deutsche Frage"* ein für allemal gelöst werden könne. Die REP propagierten ein Konzept der *"Wiederherstellung Deutschlands"* auf der Basis von Blockfreiheit und bewaffneter Neutralität. Sie mußten hilflos mit ansehen, wie die Auflösung des Ostblocks samt DDR und die chauvinistische Anschlußpolitik der Bundesregierung solche Vorstellungen über Nacht auf den Müllhaufen der Geschichte warfen. Helmut Kohl entpuppte sich weder als Zauderer oder Aussitzer noch als tumber Tor, wie er in der rechtsextremen Presse häufig dargestellt wurde, sondern als nüchterner Machtpolitiker und "Staatsmann", der das Machtpotential des westdeutschen Kapitalismus gezielt in Anschlag brachte. Damit war allerdings ein wesentlicher Grund für die Kritik der Wendepolitik entfallen, so daß nunmehr eine Rückorientierung auf die Unionsparteien unverkennbar ist. Die Union hat sich aus dieser Sicht (vgl. auch die Argumentation der Frey-Presse) endgültig zur nationalen Verantwortung bekannt: in gewisser Weise zwar ein Erfolg der REP-Politik, der sie gleichzeitig aber überflüssig zu machen scheint.

3. Eine besondere Rolle spielt die Politik der CSU. Mit ihrer Unterstützung der DSU als selbständig agierender, rechtskonservativer Partei in der DDR entstand eine neue Sachlage. Die Idee einer gesamtdeutschen DSU plus bayrischer CSU begann die strategischen Köpfe zu besetzen. Im Umfeld der REP wurde massiv dafür geworben (z.B. in Criticon 118), so daß anzunehmen ist, daß die Austrittswelle aus den REP genau in diese Richtung schwappt. Zwar hat die DSU bei den Kommunalwahlen in der DDR empfindliche Verluste hinnehmen müssen, aber die CSU-Strategen Gauweiler und Stoiber wissen auch hier schon Rat. Sie plädieren offen für eine gesamtdeutsche CSU. Egal wie, die rechtskonservativen Kräfte bei den REPublikanern haben in einer Phase des Niedergangs einen neuen Orientierungspunkt gefunden. Sie sind ihrem Wunschtraum eines radikalisierten Konservatismus innerhalb des *"demokratischen"* Spektrums ein stückweit nähergekommen.

Franz - Der Bruchpilot

Vor diesem Hintergrund wird der Vorstoß Schönhubers verständlich. Denn je mehr das rechtskonservative Lager in den REP austrocknet, desto überflüssiger wird seine Rolle als Integrations- und Leitfigur der Partei. Folglich bleiben ihm zwei Möglichkeiten: Entweder unterwirft er sich den neuen Kräfteverhältnissen und begnügt sich mit der Rolle des Ehrenvorsitzenden, oder aber er startet zu einem politischen Präventivschlag, um noch in letzter Minute die auseinanderdriftenden Kräfte wieder zusammenzubinden und seine Position zu restaurieren. Schönhuber hat den zweiten Weg gewählt, was zweifellos seinem Naturell entspricht. Kampflos wollte er das Feld nicht räumen, sei es auch nur, um sich einen Abgang zu verschaffen, der es ihm ermöglichte, sich öffentlich als Opfer rechtsextremer Machenschaften darstellen zu können.

Der Umstand, daß er sich des Extremismus-Vorwurfs gegen Neubauer & Konsorten bediente, hat Methode, spiegelte aber unter den gegebenen Bedingungen seine geschwächte Position wider. Lange Zeit - unter den Bedingungen des Aufstiegs und Erfolgs - war es ihm gelungen, sich in den innerparteilichen "Schlammschlachten" mit diesem auf Integration (und Abgrenzung) zielenden Argument - zumindest teilweise - durchzusetzen. NPD-Kader mußten zähneknirschend in die zweite Reihe (z.B. Beckmann in NRW) oder traten aus (z.B. Margraf in Niedersachsen). Im Namen der Parteiräson versuchte Schönhuber, eine Option durchzusetzen, zu der die rechtsextremen Kräfte aktuell keine Alternative kannten. Sie sanktionierten eine Politik, die sie notgedrungen selbst mittragen mußten. Sie kappten Figuren ("Bauernopfer") nur, um neue Positionen aufzubauen. Ihr organisationspolitisches Übergewicht wurde grundsätzlich nicht in Frage gestellt, was wiederum dazu führte, daß rechtskonservative Kräfte frustriert aufgaben und Schönhuber verantwortlich

machten. Nun - unter den Bedingungen des Niedergangs - mußte der Tag der Abrechnung nahen. Diesen Tag wollte Schönhuber bestimmen, doch es fehlten ihm immer mehr die Bataillone. Die Europa-Abgeordneten stellten sich gegen ihn (FR 19.5.90), ebenso wie 200 Funktionäre der bayrischen Landespartei (TAZ 21.5.90). Man sprach davon, daß er im Bundesvorstand keine Mehrheit mehr habe (SZ 17.5.90). Das Ergebnis war also vorprogrammiert. Schönhubers Rechnung, die seinem Putsch zugrundelag, operierte mit Bedingungen, die er längst nicht mehr zu seinen Gunsten manipulieren konnte. Der Rücktritt war Konsequenz einer fundamentalen Niederlage.

(z.B. ÖDP) an sich zu ziehen, oder zerfällt in diverse Bestandteile, von denen dann die meisten zur DSU/CSU bzw. zur CDU zurückkehren.
Derselbe Effekt entsteht, wenn die Partei (ohne Schönhuber), statt sich zu spalten, zum konservativen Spektrum hin weiter austrocknet. Diese mögliche Entwicklungsvariante erscheint z.Zt. nicht unwahrscheinlich. Vorstand und Präsidium der Partei haben den nordrheinwestfälischen Landesvorsitzenden **Voigt** (ehemals CSU und Mitglied der Gründungs-Troika) als einzigen Kandidaten für die Wahl zum Vorsitzenden vorgeschlagen (FR 18.6.90). Ein Manöver, das darauf angelegt zu sein scheint, eine Spaltung der Partei auf elerechtsextremen Lager ? Was ist morgen *"authentisch rechts"*, wenn heute Positionen der REP bereits *"demokratisch"* legitimiert sind (wie z.B. in der Ausländerpolitik) ? Die Auflösung der REP in ihrer derzeitigen Gestalt verstärkt unter den gegebenen Bedingungen zwei gegenläufige Tendenzen, die Rechtsdrift der Union und die Popularisierung immer radikalerer Konzeptionen im rechtsextremen Lager. Der Schnittpunkt beider Tendenzen ist aber - und das ist der entscheidende Punkt - gegenüber der Situation Anfang 1989 weiter nach rechts verlagert. Teilelemente des Rechtsextremismus sind und werden gewissermaßen in das demokratische Spektrum integriert.



Vorbereitung der Mitgliedschaft auf die Zeit nach Schönhuber im Parteiorgan "Der Republikaner" Nr. 7/1990

Eine neue REP?

Schönhuber hat seinen Rücktritt mit der Ankündigung gekoppelt, auf dem Bundesparteitag Anfang Juli (geplant am 7./ 8.Juli in Taununsstein) erneut für den Bundesvorsitz kandidieren zu wollen. Er appelliert an seine Parteifreunde, sie sollten *"in der Partei ausharren, damit auf dem Bundesparteitag mit mir ein neuer Bundesvorstand das Ruder übernehmen kann"* (TAZ 26.5.1990). Noch in der Niederlage setzt er auf den Bonus des großen Kommunikators, währenddessen die Gegenseite zum Parteiauschlußverfahren greift, dessen Anwendung Schönhuber selbst so häufig betrieben hat. Der Appell an die Angst des Parteivolks vor der Unabänderlichkeit des Bedeutungsverlustes ist die letzte Karte, die Schönhuber zu ziehen vermag. Unabhängig davon, ob sie sticht, the REP will never come back. Folgendes Szenarium ist denkbar:
Die Partei spaltet sich. Der eine Teil vereinigt sich mit der NPD (vielleicht noch vor der Bundestagswahl oder aber vor den *"gesamtdeutschen"* Wahlen) zu einer neuen Formation. Voraussetzung: die NPD löst das Bündnis mit der DVU des Dr. **Gerhard Frey**. Eventuell werden der NPD-Vorsitzende **Mußgnug** und prominente Anhänger seines Kurses (Pakt mit der DVU) kaltgestellt. Der rechtskonservative Flügel dümpelt entweder vor sich hin, ob mit oder ohne Schönhuber, wagt vielleicht den Versuch, andere Zwergparteien gante Weise zu umgehen, bzw. den Absturz des rechtskonservativen Flügels soweit wie möglich aufzufangen und die Hauptmasse der Partei in die neue politische Formation einzubringen. Voigt, im NRW-Wahlkampf dadurch aufgefallen, daß er sich mit seiner schulterfrei gewandeten Frau als modern konservativer Softie porträtieren ließ, dient Neubauer & Konsorten als Charge in diesem strategischen Spiel, dessen Regeln sie selbst bestimmen. Seine Rolle wird im wesentlichen darin bestehen, anstelle der Schönhuberei für Schönfärberei zu sorgen, um soviel Leute wie möglich bei der Stange zu halten.
Was wären - unabhängig von den Details - die Folgen eines solchen Szenariums ? - Der Niedergang der REP hängt wesentlich damit zusammen, daß sie *"mit der deutschen Einheit (...) ihres wichtigsten Themas beraubt"* (so BILD am 21.5.90) wurden. Paradoxerweise ist ihr Elend zugleich ihr Erfolg, insofern sie dazu beigetragen haben, den Nationalismus in seiner Eigenschaft als Staatsreligion nachhaltig zu befestigen. Insgesamt gesehen hat eine Rechtsverschiebung des politischen Klimas stattgefunden.
In diesem Zusammenhang wirft die Spaltung oder Umverteilung des REP-Spektrums zwangsläufig neue Abgrenzungs- und Orientierungsprobleme auf. Wo verlaufen demnächst die Argumentationslinien zwischen dem Unionslager und dem Man kann diese Entwicklung am Beispiel der zukünftigen deutschlandpolitischen Konfliktlinien ablesen. Während die Union eine Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze zu Polen nicht wird vermeiden können, ist die Position der REP, legalistisch auf die Grenzen von 1937 zu pochen, heute fast schon überholt. Die neofaschistischen Kräfte fordern die Grenzen vom 1.August 1939, die Vertriebenenverbände klagen Abstimmungen in den *"polnisch besetzten Gebieten"* ein, an denen alle Vertriebenen (einschließlich der nachfolgenden Generationen) teilnehmen sollen. Verrats- und Antiverzichtskampagnen werden schon heute aufgebaut. Es ist abzusehen, daß sich das Unionlager dem nur schwer wird entziehen können. Die Folge ist, daß die Revisionspolitik mit einem Friedensvertrag (falls es überhaupt einen geben wird) keineswegs beendet sein wird. Im Gegenteil, wenn nicht alles täuscht und keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen eintreten, wird die Revisionspolitik zu einem zentralen Thema der deutschen Außenpolitik in den 90er Jahren. Die Entwicklung des politischen Klimas in der DDR könnte ein weiteres dazu tun, die Grenzfrage (und verwandte Aspekte, wie z.B. die Frage der atomaren Bewaffnung!) immer weiter in Richtung auf eine großdeutsche Lösung "inmitten von Europa" zu thematisieren.

"Antifaschismus aufgestülpt"

Siegfried Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung hat sich in der letzten Ausgabe des Rechten Randes (Nr.6/April 1990) mit dem rechtsextremen Potential und seinen Ursachen in der DDR auseinandergesetzt. Der Rechte Rand befragte dazu jetzt den Vorsitzenden

RR: Herr Gysi, offiziell war die DDR 40 Jahre lang ein antifaschistischer Staat mit entschieden antifaschistischer Erziehung. Dennoch gibt es in der DDR - und gab es auch schon vor der Öffnung der Grenze - ein signifikantes rechtsextremes Potential. Wo sehen Sie die Ursachen?

Gysi: Es gab einen offiziellen Antifaschismus. Das Problem an ihm war, daß er mehr deklariert als verinnerlicht war. Das hing mit einem Geburtsfehler zusammen. Es regierten zwar von Anfang an in der DDR Antifaschisten. Aber das ganze Volk war ja nicht antifaschistisch. Wie sollte es auch. Es kam ja gerade aus der Zeit von 1933 bis 1945 und hatte sich bis dahin mehrheitlich zu Hitler bekannt. Nun wollten aber diese Antifaschisten die Mehrheit vertreten. Dazu durften sie aber keinen Widerspruch zwischen sich und der Mehrheit zulassen. Also wurde der Mehrheit der Antifaschismus aufgestülpt. Das hat Geschichtsbewältigung fast unmöglich gemacht.

RR: Aber die DDR hat in ihren Forschungsinstituten und Bildungseinrichtungen eine umfangreiche Ursachenforschung über die Entstehungsbedingungen des Faschismus betrieben und vermittelt. Warum hat das versagt?

Gysi: Die Ursachenforschung war immer eine sozial-ökonomische, nur ganz wenig eine psychologische. Aber Psychologie ist auch eine ganz wichtige Seite. Etwa Fragen der Intoleranz. Hinzu kam, daß das Bildungswesen wie überhaupt die Machtstrukturen in der DDR ziemlich



Gregor Gysi

zentralistisch und autoritär waren. Das hat wieder einen Hang zum Autoritären in der Bevölkerung gefördert, wenn auch in entgegengesetzter Richtung.

RR: Ein wichtiges Antriebsmoment für den Rchtsradikalismus in der Bundesrepublik ist die nationale Frage. Hat die auch in der DDR eine Rolle gespielt?

Gysi: Die nationale Frage war ja in der DDR nie geklärt, so daß sich unterschwellig natürlich ein Nationalismus entwickelt hat. Und zwar in Beziehung zur Bundesrepublik als auch in Abgrenzung zu den Partnern im Warschauer Vertrag. Und dann sind es oft auch einfach psychologisch-soziale Probleme: Wenn ein Mensch nicht stolz auf sich sein kann, weil er selber nichts findet, was er geleistet hat, dann bleibt immer noch die Nationalität, aus der er sein Selbstwertgefühl ziehen könnte.

RR: Für wie entwickelt halten Sie den Rechtsextremismus in der DDR?

Gysi: Ich habe bei den Neo-Nazis das Gefühl, daß es noch eine Variante des Biertisch-Neonazismus ist. Also noch nichts, was lebensgefährlich wäre. Aber man sollte nie vergessen, daß 1933 nur möglich wurde, durch die Verbindung von politischer mit ökonomischer Macht. Im übrigen ist auch eine Menge dieses Rechtsextremismus aus der Bundesrepublik importiert worden.

RR: In der DDR sind die sogenannten "Republikaner" verboten. Bei einer gesamtdeutschen Wahl wird sich das möglicherweise ändern. Welchen Erfolg trauen Sie den "Republikanern" in der DDR zu?

Gysi: Das ist schwer einzuschätzen. Allerdings werden sie Zulauf bekommen, wenn die Zahl der Arbeitslosen zunimmt und wir gleichzeitig multikultureller werden. Ich bin natürlich dafür, daß wir multikultureller werden. Aber es zeichnet sich ab, daß im Zuge der Währungsunion es sehr, sehr viele Arbeitslose geben wird. Da bildet sich dann relativ leicht ein rechtsradikales Potential heraus.

RR: Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang den CSU-Ableger Deutsche Soziale Union (DSU) ein?

Gysi: Sie ist eine sehr rechte Partei. Aber ich würde sie noch nicht als rechtsradikal bezeichnen. Die DSU ist auch in sich nicht homogen, sondern sehr verschieden.

Skin-Terror in Tostedt

"Wir nehmen keinen Nazi-Terror mehr hin, wir wollen uns wieder auf die Straße trauen, ohne Angriffe befürchten zu müssen." So lautet die Aussage eines Flugblattes, mit dem jetzt AntifaschistInnen aus Tostedt bei Hamburg auf immer unerträglicher werdende Übergriffe örtlicher Nazi-Skins reagierten.

So hatten Skins am Abend des 1.Juni 1990 in Tostedt einige Menschen angegriffen und zum Teil verletzt. Ein Verletzter mußte nach kurzer Bewußtlosigkeit ins Krankenhaus gebracht werden. Es war nicht der erste Übergriff von Skinheads in Tostedt:

- Am 29. Januar halten sich nachmittags etwa 10 bis 15 Skins im Park auf, besaufen sich und bewerfen *"linke Zecken"*, um diese "platt zu machen". Ein vorbeifahrender Araber wird vom Fahrrad gestoßen und mit einer Gaspistole aus nächster Nähe ins Gesicht geschossen . Der Araber muß im Krankenhaus behandelt werden.
- Am 1. April greift der stadtbekannte Glatzkopf Sascha B. einen Menschen an und schlägt ihm ins Gesicht.
- Am 17. April werden zwei alternativ aussehende Mädchen abends in Tostedt aus einem haltenden Auto mit Gas beschossen.
- Am 23. April wird in der Kreissparkasse ein Jugendlicher von zwei Skins angepöbelt und so stark gegen die Beine getreten, daß es zu starken Prellungen kommt.

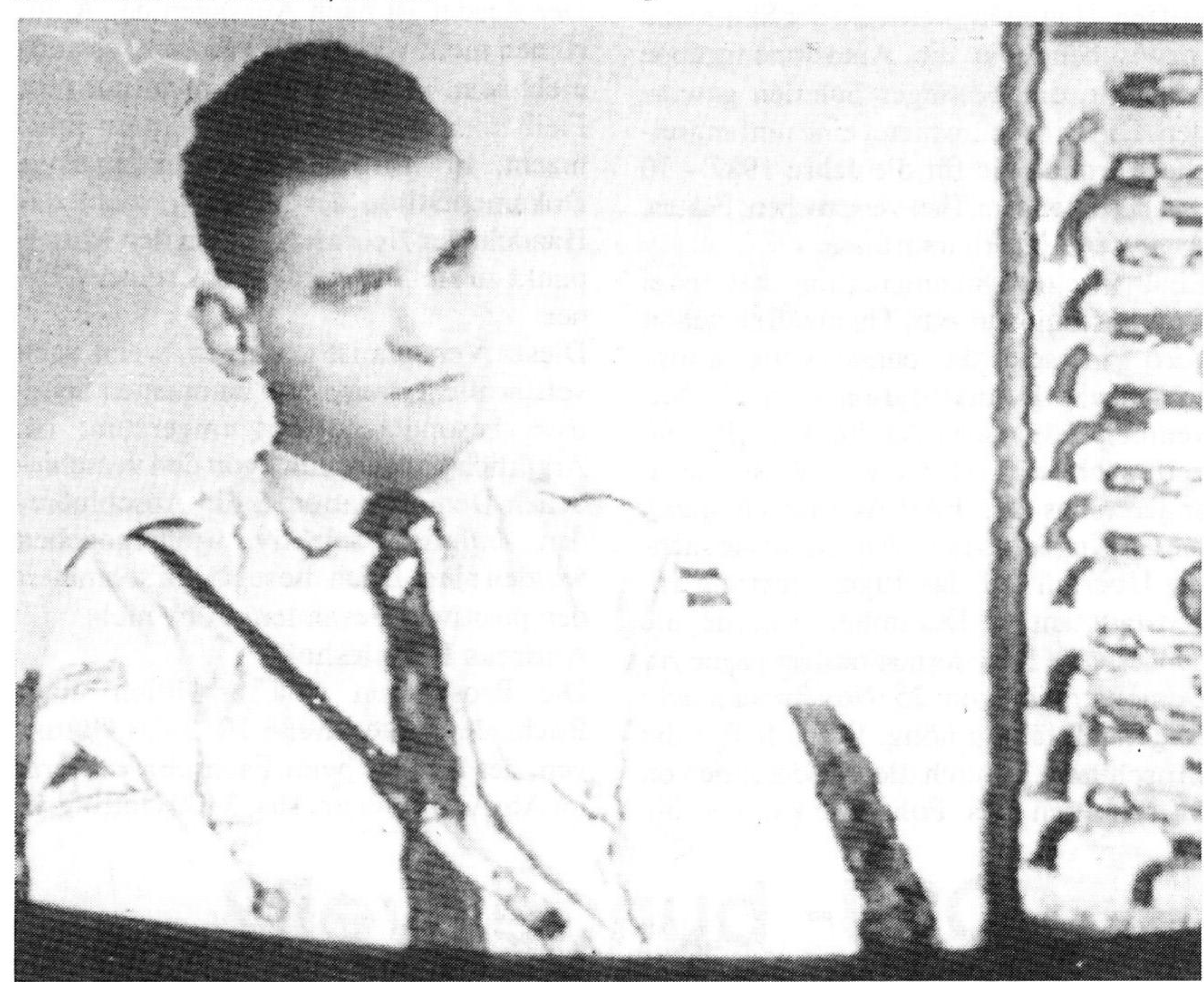
Nach dem Skin-Angriff am 1. Juni kam es in Tostedt spontan zu einer Versammlung von 30 bis 40 empörten Jugendlichen. Sie zogen zum Wohnort der Skins. In einem Flugblatt wird alles weitere geschildert: *"Als die Menschen an dem betreffenden Haus ankamen und sich ein Nazi-Skin am Fenster sehen ließ, entlud sich die angestaute Wut der Menschen, zwei Scheiben und ein Zaun gingen zu Bruch. Dieser Wutausbrch läßt sich aus der monatelangen Hinnahme von Provokationen, Angriffen und Einschüchterungen von Seiten der Fascho-Skins erklären. Viele Jugendliche mußten erleben, wie Freunde oder sie selbst von Neo-Nazis geschlagen wurden, ohne daß etwas von Seiten der Polizei geschah, geschweige denn, daß sie Unterstützung aus der Bevölkerung bekamen..."*

Otto Geschke

FAP-Funktionär geht in den Untergrund

"Ich muß leider absagen - und es betrübt mich sehr, diesen Schritt tun zu müssen - aber ich wurde von der Staatsanwaltschaft gezwungen, in den Untergrund abzutauchen. Ich werde den politischen und gewaltfreien Kampf aus dem Untergrund heraus weiter in das Volk hineintragen.

Wie kaum anders zu erwarten, ließ Thorsten Heise, stellvertretender Landesvorsitzender der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), mit diesen kurzen, knappen und verlogenen Worten seinen Prozeß vor dem Göttinger Landgericht am 8. Mai 1990 gleich zu Beginn platzen. Heises Verteidiger, der *"Republikaner"*-Funktionär **Kunze** aus Uslar, trug diese Zeilen aus Heises "Abschiedsbrief aus der Legalität", der mit dem 25.April datiert war, vor.
Heise entzog sich damit der zu erwartenden Verurteilung. Sein Prozeß war auf vier Verhandlungstage angesetzt und rund zwei Dutzend Zeugen sollten gehört werden. In dem Prozeß sollten gleich sieben Anklagepunkte gegen den FAP-Funktionär verhandelt werden, so u.a.



Torsten Heise, stellvertretender FAP-Landesvorsitzender in vollem Wichs

- versuchter Totschlag: Im Mai 1989 hatte Heise versucht, mit seinem PKW einen libanesischen Asylsuchenden auf dem Bürgersteig zu überfahren. (In Heises PKW waren damals die Nazis **Holger Meyer** aus Nörten, **Michael Homeister** aus Hameln, **Michaela Keßler** aus Einbeck, **Bettina Mössler** aus Vorsdorf).
- gefährliche Körperverletzung: Heise hatte einem Ex-Skinhead mit einer Eisenstang auf den Kopf geschlagen.
- Landfriedensbruch: Heise hatte im Dezember 1989 einen Angriff von 100 Neonazis auf das Göttinger Jugendzentrum Innenstadt mitorganisiert.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ jetzt das Göttinger Landgericht einen Haftbefehl gegen Heise. Laut Staatsanwalt Heimgärtner soll Heise auch in der DDR gesucht werden; denn dort hatte er seinen letzten öffentlichen Auftritt: In Nordhausen hatte er am 28. April ein Rockkonzert organisiert, das aber von der Volkspolizei im letzten Moment verboten wurde. Trotzdem rotteten sich hier 1000 Skinheads zusammen, die sich teilweise Massenschlägereien mit den Vopos lieferten.

Unter den Fittichen von Polizei und Staatsanwaltschaft groß geworden

Nach dem Abtauchen von Heise äußerte sich Staatsanwalt Heimgärtner gegenüber der taz "Vielleicht finden wir ihn schon heute abend, vielleicht erst in vier Wochen" (taz, 8.5.90). Der ernste Wille, Heise ausfindig zu machen, darf bei der Göttinger Staatsanwaltschaft und Polizei durchaus bezweifelt werden, denn Heises steile Karriere in der FAP fand unter den wachsamen Augen der Sicherheitsorgane statt. Heises kriminelle Energie ist der Polizei keineswegs verborgen geblieben, sondern eher toleriert worden, richtete sie sich doch gegen die Linke. Und folgt man den einzelnen Etappen dieser Karriere, dann kommt man nicht umhin zu konstatieren, daß Heise soviel Wohlwollen von der Polizei und Staatsanwaltschaft erfahren hat, daß man schon fast von Schutz und Protektion sprechen muß.
Bereits Ende Januar 1988 wurde Heise zu einer Haftstrafe verurteilt, weil er u.a. einen türkischen Jugendlichen nach einer *"Führer-Geburtstagsfeier"* 1987 in Northeim mit einem Holzknüppel brutal zusammengeschlagen hatte. Die Haftstrafe wurde damals auf Bewährung ausgesetzt. Staatsanwalt Heimgärtner damals gegenüber der Presse: "Im Klartext heißt das in diesem Fall..., daß der 18jährige sich während der nächsten zwei Jahre keines noch so kleinen Vergehens schuldig machen darf, sonst tritt das Gericht erneut zusammen, und verhängt eine Strafe. Heimgärtner:'Die Sache hängt wie ein Damoklesschwert über ihm, denn ob diese Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt wird, ist die Frage'". (HNA, 27.1.1988)
Knapp einen Monat später saß Heise bereits in Untersuchungshaft. Ihm wurde zur Last gelegt, mit drei weiteren Nazis einen Brandanschlag auf ein Gebäude verübt zu haben, in dem sich eine Disco und zwei Kneipen befinden, die zur Tatzeit gut besucht waren. Während die anderen Nazis wegen schwerer Brandstiftung verurteilt wurden, war Heise der einzige, der aus diesem Verfahren ungeschoren herauskam und die weitere Zeit zur Bewährung nutzte.
Nämlich durch einen ungezügelten Terror gegen Linke und Ausländer. Mit unzähligen Schlägereien prügelte sich Heise in die Schlagzeilen der Presse, und zwar so arg, daß selbst Staatsanwalt Heimgärtner gegenüber dem Göttinger Tageblatt konstatierte, daß Heise zum *"neuen starken Mann"* (GT 28.12.88) der rechten Szene geworden ist. Strafverfolgung? Fehlanzeige!
Doch Heise läßt es nicht bei kleineren Vergehen. Als er im Mai 1989 mit seinem Auto versucht, einen Asylsuchenden auf dem Bürgersteig zu überfahren, nimmt die Göttinger Staatsanwaltschaft das Damoklesschwert von ihm weg. Nicht wegen versuchten Totschlags wird ermittelt, sondern wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr. Das Verfahren, das mit dieser "Anklage" im Herbst 1989 vor dem Northeimer Amtsgericht beginnt, wird vom dortigen Provinzrichter nach der ersten Zeugenaussage nach Göttingen zurückverwiesen. Nun muß wegen versuchten Totschlags Anklage erhoben werden.

Und Heise bewährt sich weiter. Zahlreiche Schlägereien, antisemitische Hetze, Überfälle auf linke Einrichtungen usw. Als der Neonazi Stefan Koller am 22. Juli 1989 mit scharfer Munition mehrere Schüsse auf Polizeibeamte abgibt, war auch Heise dabei (GT 26.08.89). Selbst dies trübte das Verhältnis der Polizei zur Nazi-Szene nicht. Von Ermittlungen gegen die Nazis wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung keine Spur, stattdessen wurde auf wundersame Weise aus den Schüssen mit scharfen Waffen Schüsse aus Schreckschuß- und Gaspistolen, aus versuchtem Totschlag wurde schwerer Widerstand und Nötigung! (vgl. DOKU- Nazi-Aktivitäten und Polizeiverhalten in Südniedersachsen, S.9).

Die Polizei-Connection

Trotz, oder richtiger, gerade wegen dieses Terrors der Nazis gegen Linke, äußerte sich die Göttinger Polizei gegenüber der Presse, daß sie *"keine Probleme im direkten Umgang mit den jungen Rechtsextremisten"* habe (FR, 02.01.90).
Wer die Gelegenheit hatte, polizeiliche Ermittlungsakten zu lesen, mußte feststellen, daß die "jungen Rechtsextremisten" den Ermittlungsbeamten fromm und frei fast alles erzählen. Wer gesehen hat, wie die Polizei den Nazis nach Überfällen auf AntifaschistInnen freundlich Platzverweis erteilt, weiß, daß es hier absolut *"keine Probleme"* gibt.
Das wird übrigens von beiden Seiten aus so gesehen. Nachdem die Göttinger Polizei - zum Schutz der Nazis - Conny im Bovember 1989 in den Tod jagte (vgl. DER RECHTE RAND, Nr.4), baute sich Heise stolz vor den Kameras des WDR auf und teilte mit: *"Wir versuchen, soweit es geht, mit der Polizei zusammenzuarbeiten - ihnen, wenn es geht, Straftäter zuzuführen; das klappt teilweise gut. Wir stehen durchaus positiv zur Polizei, speziell zu zivilen Streifenkommandos, aber es gibt natürlich auch Reibungen."* (Zack-Magazin, WDR, November 1989)
Als Lockvögel gegen Linke erfüllen die Nazis durchaus eine wichtige Funktion für die Polizei. Daß jungen Nazis bei ihrem beachtlichen Strafregister über irgendwelche deals zur Kooperation bewogen werden können, ist leicht nachvollziehbar.
Wenn man bedenkt, daß Heise als 18jähriger zum ersten Mal verurteilt werden mußte, daß er sich mittlerweile durch seine militanten neonazistischen Aktivitäten, sowohl landes- als auch bundesweit eine wichtige Position innerhalb der FAP erworben hat - vor den wachsamen Augen von Justiz und Polizei - kann man dieses entweder als Wunder betrachten, oder den bundesdeutschen Sicherheitsorganen zutrauen, daß sie durchaus ein weitergehendes Interesse an diesem Nazi haben ... erst recht im Untergrund.

Dokumentation über den Alltag in Göttingen

Neonazis und Polizei

Drei Broschüren und ein dickes Buch gilt es zu besprechen, deren Handlungsort identisch ist: Göttingen und Umgebung. Auch das Thema wiederholt sich in Variationen. Es geht um Aktivitäten der Neofaschisten, besonders des militanten Spektrums, das Verhalten der Polizei und die antifaschistische Gegenwehr.
"Wir teilen nicht die Sorge, daß der Rechtsextremismus in Göttingen im Aufwind ist," ließ das niedersächsische Innenministerium zu Beginn des Jahres 1987 verlauten. Kurz vorher hatte sich das NPD-Mitglied Ingo Kretschmann beim Hantieren mit Sprengkörpern aus Versehen selbst in die Luft gesprengt. Die Broschüre *"Nazi-Aktivitäten und Polizeiverhalten in Südniedersachsen"* (44 S.) verdeutlich, daß solche Falschinformationen durch Behörden und Polizei Kontinuität aufweisen. Immer wieder wurde in Göttingen das Ende des militanten Neofaschismus und des Skinterrors vorausgesagt, immer wieder kam es zu neuen gewaltätigen Übergriffen. Haupttätigkeitsfeld der Skins sind inzwischen, wie die AutorInnengruppe feststellt, die Göttinger Schulen geworden. Die Broschüre bietet eine umfangreiche Chronologie für die Jahre 1987 - 90 und liefert, wie im Titel versprochen, Fakten, Analysen und Hintergründe.
Eine zweite Dokumentation hat zwei Demonstrationen zum Thema. Beleuchtet wird einerseits die bundesweite antifaschistische Demonstration vom 25. November 1989 nach dem durch die Polizei verursachten Tod Conny Wessmanns, andererseits der FAP-Aufmarsch durch die Göttinger Innenstadt mit dem versuchten Überfall auf das Jugendzentrum Innenstadt am 9. Dezember. Gerade die bundesweite Desinformationskampagne zur Demonstration vom 25. November macht Gegenaufklärung nötig. Diese liefert die Broschüre u.a. durch die Wiedergabe von Mitschnitten des Polizeifunks, die die vorausgeplante Polizeiprovokation verdeutlichen.
Hierzu ist dann die dritte der Broschüren eine hervorragene Ergänzung. Sie hat die bei den Göttinger AntifaschistInnen berüchtigten Zivilen Streifenkommandos zum Thema. Selbst unvoreingenommene Menschen werden sich nach der Lektüre dieser drei Broschüren des Eindrucks nicht erwehren können, daß in Göttingen in den vergangenen Jahren nicht die Menschen vor den militanten Nazis geschützt wurden, sondern die Nazis vor der Justiz und der antifaschistischen Gegenwehr. Die AutorInnen der erstgenannten Broschüre kommen zu der Einschätzung: *"Auf dem rechten Auge blind: das wäre ja eine beruhigende Diagnose..."*
Ein Wälzer kommt von autonomer Seite: 456 Seiten DIN A4 bringen Erklärungen, Dokumente, Berichte, Plakate, Pressemeldungen und Fotos über den antifaschistischen Widerstand in Südniedersachsen 1989.
Der Reader ist nach Aussagen der AutorInnen nicht vollständig. Er kann es auch nicht sein. Er ist trotzdem nicht nur eine Fleißarbeit, eine in der zu blättern Spaß macht. Er ist eine bisher einzigartige Dokumentation, der Versuch, nicht das Handeln der Neofaschisten in den Mittelpunkt zu stellen, sondern das seiner Gegner.
Dieser Versuch ist gelungen, wenn auch verständlicherweise dem autonomen Spektrum besonderer Platz eingeräumt ist. Ärgerlich dagegen, daß von den verschiedenen Demonstrationen die Abschlußreden lediglich selektiv wiedergegeben worden sind. Doch diese Kritik schmälert den positiven Gesamteindruck nicht.
Andreas P. Zaleshoff
Die Broschüren sind erhältlich über: Buchladen Rote Straße 10, 3400 Göttingen, der Reader beim Fachschaftsreferat im AStA, Goßlerstr. 16a, 3400 Göttingen.

DSU- bundesweit?

Während in München die CSU-Führungsriege noch über die bundesweite Ausdehnung ihrer Partei streitet, erwerben Kräfte rechts von der Union bereits Optionen auf den Namen der "Deutschen Sozialen Union", der CSU-Schwester in der DDR. Unlängst gründete sich in Kiel ein DSU-Bundesverband, als *"konservative Alternative zum bestehenden Parteienspektrum"*. Geplant sei - so der stellvertretende Bundesvorsitzende **Jurgaitis** - eine Zusammenarbeit mit der DDR-DSU, besonders in Hinsicht auf gesamtdeutsche Wahlen.
Auch unter Teilen der "Republikaner" und ihrem Umfeld wird über die Zukunftsaussichten einer gesamtdeutschen DSU spekuliert. Während der Kölner REP-Ratsherr **Manfred Rouhs** noch unsicher ist, auf welches Pferd er setzen soll, wird von der bisher REP-nahen Zeitschrift "Junge Freiheit" in der DSU eine mögliche Perspektive für enttäusche REP-Anhänger gesehen.
Ähnliche Gedanken mögen **Herbert Zaunbrecher** bewegt haben, der bis vor kurzem als REP-Ratsherr im Düsseldorfer Stadtrat saß. Er wechselte den Sattel und ließ sicn Anfang Mai zum Bundesvorsitzenden der ebenfalls neugegründeten DSU (West) wählen. Zu den Gründungsmitgliedern gehören neben Zaunbrecher zwei weitere ehemalige REP-Ratsherren.



Vera König

Skins: Neue Konzepte gefordert

Stiefeltritte hallen durch die Nacht. Lautstark gegröhlte Nazilieder reißen Anwohner aus dem Schlaf. Es ist kurz vor Mitternacht, als ein Schuß aus einem Gasrevolver peitscht. Irgendwo wimmert jemand- dann ist nur noch das Geräusch davonlaufender Schritte und, ganz im Hintergrund, eine Polizeisirene zu hören.

Szenen wie diese hat es in Hannover zuhauf gegeben. Einen ganzen Winter lang gehörte die Massenschlägerei zwischen Skinheads und Türken zum Samstagabend-Programm genauso wie die Ziehung der Lottozahlen. Nach Kinoschluß und vor Start des Fernseh-Spätkrimis ging so mancher zum Kröpcke, um Zuschauer beim Jagen und Gejagt- Werden zu sein. *"Krawall-Tourismus"*, meinte abfällig ein Polizeisprecher dazu.

Aus und vorbei mit solchen Nächten? Ein Experte meint ja. *"Krawalle wie 1988 wird Hannovers City nicht mehr erleben"*, vermutet der Chef des städtischen Jugendschutzes, Peter Eisler. Bei dieser Prognose setzt er nicht etwa voraus, daß die Skinheads plötzlich *"brav"* geworden sind. Im Gegenteil: *"Die Rädelsführer mischen jetzt bei ganz anderen Sachen mit. Skins aus Hannover waren bei der ersten Berliner Krawallnacht Ende April und bei etlichen Vorfällen in Göttingen dabei."* Skins aus Hannover sind auch bei den regelmäßigen Prügel-und Pöbeleien in Lehrte dabei. Im Prozeß gegen die vier Skinhead-Mörder des 17 jährigen Gerd-Roger Bornemann hatte Eisler als Sachverständiger die Gruppe der jungen Kahlköpfigen noch folgendermaßen unterteilt: *"Ein Drittel Freizeitskins, ein Drittel Hooligans, ein Drittel mit rechtsextremistischem Gedankengut."* Das stimmt nicht mehr, sagt er heute: *"Freizeitskins kommen so gut wie gar nicht mehr vor. Skins und Hooligans haben sich vermischt; sie driften immer stärker in den rechten Randbereich ab."* Und: Kein Wunder, daß die Polzei das Ausmaß der rechtsradikalen Jugendszene nicht richtig einschätze: *"Sie sind nicht mehr am outfit festzumachen. Sie kleiden sich häufig anders, sind immer mehr zu Gewalttaten bereit."*

Gewalt, die über noch bestehende Grenzen geht. Die deutsch-deutsche Entwicklung hat Skins und Neo-Nazis Zuwachs in der Organisation und ein größeres Operationsfeld beschert. In dem gerade vom Stadtjugendring Hannover herausgegebenen Info *"Jugend gegen rechts"* warnt Konrad Weiß vor den jungen Faschisten der DDR, deren Gewalt- und Straftaten von 1983 bis 1987 um das Fünffache gestiegen seien. *"Zu glauben, daß in der DDR die Wurzeln des Antisemitismus ein für alle Mal ausgerottet sind, ist reines Wunschdenken"*, argumentiert er.

An den DDR-Berufsschulen, rechnet der Insider, treten pro Klasse zwei bis drei Rechtsradikale auf. Der größte Teil, etwa Dreiviertel von ihnen, rekrutiere sich aus den Jahrgängen 1962 bis 1970. Weiß wundert diese Entwicklung nicht: *"Viele, die Hitler 1935 zugejubelt haben oder die als schweigende Mehrheit den Krieg und faschistische Verbrechen mitgetragen haben, sind 1945 nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches nicht wirklich umgekehrt"*, schreibt er.

Und weiter: *"Das übermenschliche Maß der Schuld wie derScham hat eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erschwert...Die Verbrecher wurden bestraft. Die Millionen Mitläufer aber und alle, die durch schweigende Zustimmung schuldig geworden waren, blieben weiter zum Schweigen verurteilt. Ihnen wurde die Gnade der Reue verweigert. Die Deutschen in diesem Land sind zu schnell zur Tagesordnung der neuen Ordnung übergegangen."*

Nach Einschätzung von Weiß haben die rückbekehrten Faschisten, die 40 Jahre lang nach außen hin angepaßt lebten *"den braunen Stafettenstab an ihre Enkel weitergereicht"*. Die DDR-Jugend sei in hohem Maße gefährdet,denn: *"Die grundsätzliche Bejahung von Gewalt und der Mangel an demokratischer Kultur habe den Propagandisten der neuen faschistischen Bewegung ein leicht zu beackerndes Feld bereitet. Menschen, die hierzulande aufwachsen und in unseren Schulen erzogen sind, sind ungenügend gegen den Bazillus radikaler Ideologien immunisiert."*

Was tun, damit die neue Rechte nicht noch stärkere Kader schmiedet? Damit Straßenschlachten wie in Nordhausen oder Duderstadt mit Skins aus beiden Teilen Deutschlands künftig verhindert werden? Nur antifaschistische Arbeit kann die Lösung sein. Antifaschistische Arbeit mit neuen Inhalten, fordert der Stadtjugendring.

"Das Anti der Antifa-Bewegung beschränkt sich häufig darauf, anti zu sein, ohne das Pro zu erläutern", kritisiert der pädagogische Mitarbeiter Gisbert Wolff. Er plädiert dafür, Ziele des gesellschaftlichen Lebens, Ziele im sozialen Zusammenleben stärker darzustellen neben der *"Formulierung des wirklich wichtigen, aber nicht ausreichenden Standpunktes, gegen Rechts, gegen Neonazis und gegen Rassisten zu sein"*.Denn: *"Die ausschließliche Anti-Haltung birgt die Gefahr, ständig in der Reaktion zu bleiben, wo doch Aktion für die eigenen Ziele und Vorstellungen wesentlich zur Veränderung auch der rechtsextremistischen Tendenzen beitragen könnten"*.

Auch im Positionspapier des Stadtjugendrings wird davor gewarnt, den Aktionsradius antifaschistischer Arbeit auf den organisierten Rechtsextremismus zu beschränken. Wörtlich heißt es:*"Gegen rechtsextremistische Veranstaltungen und Aktionen und deren Propaganda vorzugehen, ist richtig aber nicht ausreichend... Durch dieses Vorgehen werden Antifaschisten eher zum Spielball der Rechtsextremisten."*

Der Stadtjugendring strebt Bündnisarbeit mit demokratischen Verbänden und Organisationen an, inhaltliche Auseinandersetzung mit Forderungen und Vorstellungen der Neo-Nazis. Oberstes Ziel: *"Beteiligung der Jugendverbandsarbeit an der politischen Lösung von sozialen Mißständen"*.

Genau da aber liegt der Knackpunkt. Heinz Lutter, Referent in der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen, hat's schon vor gut einem Jahr im Info-Dienst beschrieben: *"Alle pädagogischen und sozialarbeiterischen Konzepte sind wenig wert, wenn wir es auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene weiterhin in Kauf nehmen, daß für einen wachsenden Teil der deutschen und ausländischen Jugendlichen die Lebenschancen und Entwicklungschancen so schlecht wie gegenwärtig bleiben. Wer sozial eingebunden ist und sich um seinen Anteil an den Glücksversprechungen unserer Gesellschaft nicht sorgen muß, wird weniger Neigung entwickeln, sich gewalttätig seinen Platz in unserer Gesellschaft zu erstreiten."*

Personen und Termine

Dr. **Martin Pabst**, geb. 1959 in München, Historiker, wurde am 30. März 1990 zum Vorsitzenden des pro-apartheidsfreundlichen "Hilfskomitee Südliches Afrika" (Sitz: Coburg) gewählt.

Thor von Waldstein, geb. 1959 in Mannheim, von 1979-1982 Bundesvorsitzender des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB), fungiert seit Oktober 1989 als Vorsitzender des "Fördervereins Junges Deutschland". Waldstein, seit Januar 1989 als Rechtsanwalt bei den Landgerichten Mannheim/Heidelberg zugelassen, promovierte im Dezember 1989 zum Dr.rer.soc. in den Fächern Politik und Soziologie an der Ruhruniversität Bochum. Erstgutachter der Arbeit über die Staatslehre von Carl Schmitt: Prof. Dr. **Bernard Willms**.

Am 23. Juni 1990 findet die "1. Gesamtdeutsche Sonnenwendfeier" beim Grenzübergang Rottenbach/Ofr./Eisfeld/Thüringen - 15 km nördlich von Coburg statt. Mitinitiator ist das neofaschistische Theorieorgan "Nation Europa".

Dr. **Hans-Dietrich Sander**, seit Januar 1990 Herausgeber der monatlich erscheinenden "Staatsbriefe" (beruhend auf dem Geist Friedrich II. von Hohenstaufen 1215 bis 1250) war Hauptredner einer Veranstaltung von Korporierten auf der Wartburg. Hunderte von Korporierten zogen nach Eigenangaben am 31. März 1990 (2 Tage zuvor wurde die Veranstaltung verboten!) mit Fahnen und Fackeln zur Wartburg hinauf. Aufgerufen hatte der Wartburgausschuß (Sitz: Wien).

Mit **Hans-Jürgen Paaßen** (Rhauderfehn) hat ein weiteres Mitglied aus der Führungsriege der niedersächsischen "Republikaner" die Partei verlassen. Paaßen, der stellvertretender Vorsitzender des Landesschiedgerichtes, Mitglied des Landesvorstandes und Kreisvorsitzender der REP in Leer/Aurich war, begründete seinen Austritt gegenüber der Presse mit einer "zunehmenden Ausländerhetze" durch die Faschisten-Partei. Der 44jährige Fahrlehrer hatte bis 1982 der CDU angehört. Dem zwischenzeitlich zurückgetretenen REP-Chef Franz Schönhuber warf er vor, mit "Stasi-Methoden" die innerparteiliche Demokratie, etwa bei der Entscheidung über Parteiausschlüsse, demontiert zu haben.

Wiedergewählt wurde **Martin Mußgnug** auf einem NPD-Bundesparteitag im niedersächsischen Helmstedt. Das Gastreferat hielt Dr. **Reiner Prigge**, Vorsitzender der Mitteldeutschen Nationaldemokraten, einem NPD-Ableger in der DDR

Wunsiedel: Demo-Aufruf

Am 17. August 1990 jährt sich zum dritten Mal der Todestag des Hitlerstellvertreters **Rudolf Heß**, der in Wunsiedel begraben ist.

Wunsiedel hat sich in den letzten Jahren zu dem Wallfahrtsort gewalttätig-faschistischer Gruppen aus ganz Europa entwickelt. Die *"Prominenz"* von FAP, NF, Fascho-Skins, Hooligan-Szene, Wiking-Jugend, Deutsche Frauenfront usw. gab sich dort die Hand.

Am ersten Todestag waren es 150 Faschisten, im vergangenen Jahr ca. 350. Aufgrund der veränderten Situation (Grenzöffnung) und gestützt auf Informationen von DDR-Journalisten wird dieses Jahr mit ca. 1000 Faschisten gerechnet.

Nach den Hausbesetzungen von Faschos in Ost-Berlin, oder den Angriffen auf linke Projekte, die zumeist Einzelaktionen von verschiedenen örtlichen Gruppen waren, hat der Naziaufmarsch in Wunsiedel eine neue Qualität: *"Wunsiedel soll ein Fanal für Deutschland werden"* (B. Dinter, Veranstalter der Faschoszenerie). Mit behördlicher Genehmigung und unter Polizeischutz ist es ihnen ein leichtes, rassistische, frauenfeindliche und antisemitische Propaganda zu verbreiten und das 3. Reich zu verherrlichen.

Das Bayrische Antifa-Plenum erklärt, daß es den Nazis nicht die Straße überlassen will. Auch deshalb, da sonst mit Aufmärschen in dieser Dimension auch in anderen Städten zu rechnen sei.

Aufgerufen wird deshalb zu einer kämpferischen, entschlossenen Demo und zu phantasievollen Aktionen in Wunsiedel.

Kontakt: Vorbereitungsgruppe, Postlagerkarte 050259 D, 8500 Nürnberg 1 oder Tel. 0911/226598 (Mi. 17-21h)



Auch die Hamburger Nationale Liste mobilisiert

SPD gründete Antifa-Kommission

Die SPD im Landkreis Aurich hat eine Antifaschismus-Kommission gebildet. Das Gremium, dessen Gründung auf einem Parteitagsbeschluß fußt, soll Aufklärungsarbeit über den Faschismus in der Bundesrepublik leisten, Wahlanalysen erarbeiten und sich an Aktionen regionaler Antifa-Gruppen beteiligen. Zum Vorsitzenden wählten die Gründungsmitglieder Thomas Klaus (24), der auch die Antifaschismus-AG des Juso-Unterbezirkes leitet. Ihr Hauptaugenmerk will die Kommission auf die *"Republikaner"* richten, die angesichts ihres *"geschickten Vorgehens"* erst *"auf den zweiten Blick als demokratiefeindlich erkennbar"* und deshalb besonders gefährlich seien.

Sandbostel: Gedenkstätte gefordert

Die Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg setzt sich einstimmig für eine würdige Gestaltung von Gelände und erhalten gebliebenen Gebäuden des ehemaligen KZ-Evakuierungslagers Sandbostel (siehe Der Rechte Rand Nr.6) bei Bremervörde ein. Gefordert wird die Einrichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte auf dem Gelände, die unverzügliche Sicherung der erhalten gebliebenen Gebäude, die Erforschung der Geschichte des Lagers Sandbostel und deren Verbreitung, sowie die Aufstellung von Hinweistafeln im Orts- und Kreisgebiet, die auf Lager und Lagergelände hinweisen.

Antifa-Konferenzen Hessen

Die Umwälzungen in der DDR und die aktuellen Wahlergebnisse der 'Republikaner' und anderer neofaschistischer Parteien haben in der veröffentlichten Meinung die Frage des Antifaschismus erheblich diskreditiert bzw. in den Hintergrund gerückt.

Die angestrebte 'Wieder'vereinigung spielt bereits jetzt, von nationalistischem Getöse begleitet, unabhängig von den Wahlergebnissen, dem Rechtsextremismus und dem Rassismus in die Hände. Ausdruck dafür ist der vergleichsweise geringe Widerstand gegen den Versuch der Bundesregierung, durch das neue Ausländergesetz wesentliche Elemente rechtsextremer Vorstellungen zu geltendem Recht zu machen.

Wir meinen, daß im Herbst alle antifaschistischen, antirassistischen und antinationalistischen Menschen und Organisationen in Hessen zu einer Aktionsberatung zusammenfinden sollten.

Ziel einer solchen Aktionskonferenz sollte sein, gemeinsam zu beraten, wie wir mit der neu entstandenen politischen Situation umgehen wollen und wie wir uns im antirassistischen Sinne in die kommenden Bundestags- und Kommunalwahlen einmischen.

Es gibt unseres Erachtens einen großen Beratungsbedarf. Denn nur, wenn in unterschiedlichen Organisationen, Initiativen und Orten tätige Menschen ihre Erfahrungen, Probleme, Ziele und Aktionen austauschen, werden wir eine weitere Vernetzung antifaschistischer und antirassistischer Politik in Hessen erreichen können, die es allen ermöglicht, bei Akzeptanz der unterschiedlichen Handlungsbedingungen, mitzuwirken an der Durchsetzung von Verhältnissen, die Rassismus, Nationalismus und Faschismus ausschließen.

Wir bitten um Vorschläge zu inhaltlichen Schwerpunkten, Formen und Terminen.

Antifa-Forum Gießen, Walltorstr. 17, 6300 Gießen, Tel. (0641)34878.

Niedersachsen

Für den November 1990 wird gegenwärtig eine zweite niedersächsische Antifa-Konferenz geplant (Terminvorschläge: 17. oder 21. 11. 1990). Vorschläge für die inhaltliche Gestaltung, Terminwünsche usw. können an den Koordinierungsausschuß (c/o VVN-Bund der Antifaschisten Hannover, Rolandstr. 16, 3000 Hannover 1) gerichtet werden. Das nächste Vorbereitungstreffen, zu dem alle interessierten Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen eingeladen sind, findet statt am 31. August um 19.00 Uhr im hannoverschen Freizeitheim Lister Turm (Walderseestr.100).
Der Reader von der letzten Konferenz kann bei Zusendung von 4,-DM (in Briefmarken) ebenfalls über die o.g. Adresse des Koordinierungsausschusses bezogen werden.

Revanchisten radikaler

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze durch den Bundestag und die DDR-Volkskammer treibt revanchistische Politiker auf die Barrikaden. **Alfred Dregger**, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beeilt sich die "Vertreibung" als *"eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte"* zu bezeichnen, um die Landsmannschaften weiter in die CDU/CSU integrieren zu können. Doch die halten an ihren Gebietsansprüchen fest. Der Sprecher der oberschlesischen Landmannschaft, **Herbert Czaja** sieht die Erklärung der beiden Parlamente als *"rechtlich verworren gefaßt"* und *"ohne Bindungswirkung"*.
Noch aggressiver äußerten sich Funktionäre des niedersächsischen "Bundes der Vertrieben"(BdV). Auf einer Protestkundgebung bewertete der Lüneburger BdV-Bezirksvorsitzende **Wilhelm Hopp** die Anerkennung als *"Landesverrat"*.
Freimütig erklärte der Hildesheimer Amtsrichter Dr. **Christian Stoll**, CDU-Mitglied und stellvertretender Landesvorsitzender des BdV: "Niemand von uns macht den Polen streitig, in ihren Grenzen zu leben, aber in denen von 1939." . (vgl. Walsroder Zeitung 18.06.1990)

Betriebsratskollegen aus dem Stahlwerk Peine-Salzgitter beschreiben ihre Initiativen für die Einrichtung einer Gedenkstätte für ZwangsarbeiterInnen in den früheren "Reichswerken Hermann Göring":

Erinnerung für eine humane Zukunft

Am 11. April 1945 wurde die Stadt Salzgitter durch die Allierten Truppen vom deutschen Faschismus befreit. Die kriegerischen Auseinandersetzungen hatten das Land wieder erreicht,von dem sie angezettelt wurden.
Bei der Vorbereitung und Durchführung des Krieges spielten auch die "Reichswerke Hermann Göring" - die heutigen Stahlwerke Peine-Salzgitter im ehemaligen Salzgitter-Konzern - eine entscheidende Rolle. Verbunden mit dem Eroberungskrieg war die Verschleppung von Zehntausenden von Menschen aus den besetzten europäischen Ländern, die fern ihrer Heimat in Salzgitter Zwangsarbeit verrichten mußten. Es waren Menschen aus über 36 Ländern, Kriegsgefangene, Kz-Häftlinge und Zwangsarbeiter/innen. In über 60 Arbeits-, Straf- und Konzentrationsaußenlagern wurden sie zusammengepfercht und von den Nationalsozialisten in enger Zusammenarbeit mit der Industrie ausgebeutet.
Sie wurden auf grausamste und unmenschlichste Weise gedemütigt, gepeinigt, gefoltert und vielfach kaltblütig ermordet.
40 Jahre hat es gedauert, bis eine Gedenktafel an das Gebäude des ehemaligen KZ-Drütte angebracht wurde und eine Gedenkstunde stattfand. Zum ersten Mal wurde an dem historischen Ort vor der Kulisse der Werksanlagen der Opfer gedacht.
Bis dahin wurde 40 Jahre lang an den bekannten offziellen Anlässen undifferenziert der Opfer des 2.Weltkrieges auf Friedhöfen gedacht. Undifferenziert, weil Täter und Opfer gleichgestellt wurden. Ursache und Wirkung des Nazifaschismus wurden nicht hinterfragt.
Die Überbetonung der Wirkung soll die Ursache verschleiern. Ein halbes Jahrhundert nach dem Überfall der deutschen Faschisten auf Polen sind viele immer noch nicht in der Lage zwischen Ursache und Wirkung klar zu differenzieren. Es wird immer wieder das eigene erfahrene Leid aufgerechnet mit dem bürokratisch geplanten Massenmord an sogenannten *"Untermenschen"* und *"lebensunwertem Leben"*.
Es heißt, daß das, was wir verdrängen, wieder hervorbrechen wird. Erstes Anzeichen dafür ist das Wiedererstarken neonazistischer Tendenzen in der Bundesrepublik und in der DDR. Der Nährboden hierfür ist auch durch das Umsetzen politischer Maßnahmen, durch das allzu sorglose Umgehen führender Repräsentanten mit unserer Vergangenheit und der daraus erwachsenen mangelnden Sensibilität bereitet worden. Als Stichpunkte sind zu nennen die Mähr von der Asylantenschwemme, der Vergleich des Bundeskanzlers Kohl zwischen Göbbels und Gorbatschow, sein Bittburg-Besuch mit dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten und seine Parole *"DDR - KZ"*. Damit wurden Tabuzonen zum Rechtsextremismus durchbrochen.
Aber auch der rein ideologisch bürokratisch verordnete Antifaschismus der ehemaligen stalinistischen DDR-Regierung vermochte die gemeinsame Geschichte und Faschismusanfälligkeit nicht nachhaltig aufzuarbeiten.
Eine der wenigen Konsequenzen, die nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus in der BRD gezogen wurden, ist das im Grundgestz verankerte Recht auf Asyl. Dieses Grundrecht ist die logische Konsequenz aus der Erfahrung, daß die Verfolgten des Nazifaschismus in einigen anderen Staaten kein Asyl erhielten und damit zusammen mit denjenigen, die dazu erst garnicht kamen um Asyl nachzusuchen, in den Konzentrationslagern umgebracht wurden. Nachdem die breite kollektive Aufarbeitung der Ursachen und Mechanismen des deutschen Faschismus über 40 Jahre nicht geleistet wurde, nachdem bis auf wenige Ausnahmen Tausende von Mördern nicht oder nur unzureichend gerichtlich belangt wurden, nachdem über 40 Jahre hinweg den Opfern des Naziterrors selbst die materielle Not durch Entschädigungszahlungen nicht gelindert wird, und die große Gruppe der Zwangsarbeiter sogar bis heute keinerlei gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung für die geleistete Arbeit haben, soll nun auch das Grundrecht auf Asyl nach dem Willen der Herrschenden drastisch eingeschränkt



Heute noch genutzt: Die früheren Unterkünfte der ZwangsarbeiterInnen bei den Stahlwerken Peine Salzgitter AG (Foto: Addicks)

werden.
Diese Politik der kollektiven Bewußtseinsverdrängung, verbunden mit erheblichen Politikdefiziten, die Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot produziert und Sozial- und Gesundheitsleistungen permanent einschränkt, sind die Ursachen für die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien.
In einem politischen Klima, in dem Konservative und Rechtsextreme geradezu einen Wettkampf miteinander führen, indem sie Parolen verwenden, die Ausländer als Sündenböcke ihrer verfehlten Politik abstempeln, in einem solchen Klima kann es für uns nur heißen, aktive Solidarität mit den Bedrohten zu üben.
Die politische Entwicklung zeigt deutlich, wohin eine Verdrängung der Geschichte führen kann und wie wichtig gerade historische Orte als Stätten der Besinnung und des Lernens sind. Wenn es uns gelingt, die Existenz eines jeden in dieser Gesellschaft zu sichern und durch die Schaffung eines Netzes von Gedenkstätten vor Ort die faschistische Vergangegenheit aufzuarbeiten, dann hätten die scheinbar einfachen Lösungen der Ewiggestrigen kaum eine Erfolgschance. Deswegen ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus Voraussetzung für die Wiedererlangung unserer humanen Orientierung und die Basis für den Aufbau einer multikulturellen Gesellschaft.
In einer Entschließung des Gesamtbetriebsrates der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG heißt es deshalb:
"Wir, die wir in der Nachfolge der Ermordeteten und Gepeinigten des KZ-Drütte in diesem Werk arbeiten, dürfen die Zeit des Naziterrors nicht vergessen oder verdrängen, um daraus zu lernen, zumal diese Zeit eng mit der Entstehungsgeschichte dieses Werkes verbunden ist.
Im Gegensatz zum westlichen und östlichen europäischen Ausland gibt es in der Bundesrepublik nur wenige würdige Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern. Geradezu einmalig ist das ehemalige Konzentrationslager Drütte zur atmosphärischen und optischen Vermittlung der engen Verflechtung von Staat, Großindustrie, Konzentrationslagern und Zwangsarbeit geeignet.
Wir ...Gewerkschafter ... sehen in der Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ-Drütte die einmalige Gelegenheit, Menschen die Atmosphäre eines Konzentrationslagers nachvollziehen, vorstellen und nachempfinden zu lassen, die die Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nicht miterlebt haben.
Dies sind unsere Beweggründe für unser Engagement, in der noch fast vollständigen im Orginalzustand erhaltenen Gebäude des ehemaligen KZ-Drütte - Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme - eine Gedenk- und Dokumentationsstätte zu errichten.."

Der nachfolgende Beitrag wurde von der Vertreterin der feministischen antifa Bonn auf dem Pfingstkongreß der "Radikalen Linken" vorgetragen.

Ursula Döhmann

Die Kraft der Negation - Kritik der `Radikalen Linken'

Drei Männer: Ebermann, Fülberth und Gremliza, diagnostizieren bei der gesamten *"BRD-Linken" "Hilflosigkeit gegenüber dem Aufstieg des parteipolitischen Rechtsextremismus"*, und drei helfende Männerhände schreiben ein "Papier" voll, mit dem sich alle AntifaschistInnen ein halbes Jahr befassen sollen, damit sie zum Kongreßtermin reif sind, den "Kreis`Radikale Linke'" (RL) zu einer Bewegung anzuschieben. Also raus aus dem antifaschistischen Lager und ran an die RL!
Das Thema *"Antifaschismus"* wurde deswegen auf dem Kongreß *"radikal"* in Frage gestellt: *"Antifaschismus heute?"*, und die RL-Programmatik gleich mitgeliefert: *"Gegen den Konsens der Demokraten"*. Dazwischen streute mann ein paar Reizwörter für politische Neulinge: gegen *"Rassismus, Sexismus, Neoeugenik"*. Operation gelungen, Patient totgeschrieben, Antifaschismus ade! Nachzulesen war dieses Konzept in Konkret, Ausgabe Dezember 1989, Autoren siehe oben (*"Rechts ist die deutsche Mitte"*, S. 20 ff und passagenweise wortgleich - als *"Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis `Radikale Linke'"*, Ausgabe November 1989: *"Wir wollen die Kraft der Negation sein"*, S.41ff).
Dort denken sich die RL-Publizisten unter dem Stichwort *"BRD-Linke"* zunächst einen groben Klotz aus, damit der grobe Keil, den sie darauf setzen, angemessen erscheint: Der Klotz: *"staatslinke Opposition"*; einerseits ausgemacht als Gewerkschaften und VVN, andererseits als ein paar dem Antifaschismus hinterheressayistende *"Citoyen"*.
Weil Antifaschismus nur als Blätterrauschen der Parteien- und Organisationspublizistik samt journalistischem Anhang wahrgenommen wird, kann mann die These von der Hilflosigkeit der *"BRD-Linken"* aufstellen: Die einen drängeln sich unter die Gemeinsamkeit der staatstragenden SPD-Gewerkschaft-Grüne-Demokraten und geben dafür jede radikal-linke Position auf, eine Kritik übrigens, die in der Antifa-Szene schon bis zum Überdruß durchgekaut ist.
Trotzdem eine Anmerkung dazu: Antifaschistische Initiativen sind keine Parteien und von Parteien nicht vereinnahmt. Antifa-Initiativen sind regional weit stärker vom individuellen politischen Prozeß, in dem ihre Mitglieder stecken, geprägt, als von offiziösen Antifa-Strategie-Papieren; überregional sind sie weit zuverlässiger durch informelle Kontakte und Treffs miteinander verbunden, als durch Kreis-, Landes- oder Bundesebenen von Organisationen. Wenn in Antifa-Initiativen Leute mit diversen Parteibüchern oder christlich angehauchte SchülerInnen auftauchen, sollen die dann rausgeworfen werden, weil sie den Schritt, aus der SPD auszutreten, zu dem Gremliza mehr Jahre brauchte, als sie alt sind, (noch) nicht getan haben?
Wie, in welchen *"Kreisen"*, mit welchen Menschen zusammen, an welcher politischen Praxis soll denn heute jemand den in Familien-, Schul- und sonstwo-Mief angesammelten *"Müll im Kopf"* loswerden, wenn Antifa-Initiativen nur noch mit abgestandenen Radikallinken verkehren wollten?
Mit welcher Berechtigung sollte das SPD/Grünen-Mitglied mit *"der SPD/Grünen-Politik"* gleichgesetzt werden? Die anderen bekämpfen, nach Ebermann, Fülberth und Gremliza, unter dem Stichwort *"autonomer Wanderzirkus"* u.ä. den radikalen Antifaschismus, weil sie als Schmarotzer überhaupt kein Interesse an gesellschaftlichen Veränderungen haben. Wie wahr! (Das haben wir übrigens auch schon vorher gewußt!)
Doch all diese Kritik trifft nicht den linken, den aktiven Antifaschismus. Der nämlich setzt schon immer praktisch um, was von der RL als neues Konzept ausgegeben wird, der weiß: Wer den Reps *"aufs Maul hauen will, darf nicht an Rühe, Lafontaine, Lambsdorff und Weizsäcker vorbeizielen"* (S.25).
Die drei Verfasser des Papiers wollen oder können in den Dschungel der Bewegungen, Initiativen und innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht vordringen, wie am Fehlen der eigentlich erst interessanten Umsetzungen ihres großen Wurfs wider den staatstragenden Rest der BRD erkennbar ist.
Es ist ein echtes, typisches Strategie-Papier, in dem als Akteure ein paar zitierte PublizistInnen erscheinen und ansonsten Organisationen, Parteien, Organisationen und Parteien, allesamt, bis auf die Grünen (wegen ihrer paar versprengten Linken), je auf eine einzige Linie gebracht. Ob mann Strategiespiele in der *"Schule der Nation"* lernt?
In feministischen Kreisen haben solche Abheber den Wert von Klopapier. Denn es

kommen in solchen Papieren keine Menschen vor, also erst recht keine Frauen, wohl aber, als strategisches Element, *"die Frauenbewegung"* und *"die Frauen"*. Dieser Entwurf ist ein Musterbeispiel dafür, was Feministinnen skeptisch macht; praktisch, daß er es gleich mitformuliert, *"daß auch die* (meisten; Anm. U.D.) *Linken männerbündische Politik betreiben und sich den Inhalten der Frauenbewegung gegenüber Unwissenheit und Nichtachtung erlauben. Feministische Erkenntnisse und Forderungen wurden*(und werden! Anm. U.D.), *wenn überhaupt, linker Politik meist nur aus machttaktischen Erwägungen hinzuaddiert und auf minder wichtige Plätze verwiesen."* (Konkret 11/89, S.42)

Zurück zum Ebermann-Fülberth-Gremliza-Antifa Papier. Sie haben es sich mit dem Rekurs auf die Parole *"Wehret den Anfängen"* leicht gemacht. Wer sich die faschistischen Kontinuitäten in der BRD bloß vorstellt (um sie zu kennen, fehlt bis heute das umfassende Wissen), kann bei dieser Parole nur den Kopf schütteln. Sie transportiert die falsche Vorstellung, daß mit dem Ende der faschistischen Herrschaft das Ende der FaschistInnen in herrschenden Positionen, das Ende faschistischer Ideologieproduktion und die Zerschlagung faschistischer Zirkel einhergegangen sei.

Die drei Autoren zielen mit ihrer Kritik an der Parole jedoch auf etwas anderes. Für sie hängt der Erfolg einer faschistischen Organisation allein von der Entscheidung der Bourgeoisie für den Faschismus ab: *"Wenn die Bourgeoisie sich zum Faschismus als der zeitweise effektivsten Herrschaftsform entschied, (...) entstand die nötige Massenorganisation sehr schnell und bedurfte nicht mühseliger Vorbereitung. (...) Hält die Bourgeoisie einen Übergang zum Staatsterrorismus nicht für erforderlich, bedeutet die Gründung rechtsextremistischer Organisationen (..:) die Flankierung liberalerer Formen kapitalistischer Herrschaft. Sie gehören dann ebenso dazu wie die anderen bürgerlichen Parteien und die SPD eben auch."*(S.20)

In dem Zitat existiert ein handelndes Subjekt, die Bourgeoisie. Sie erreicht, was sie für erforderlich hält. Die Linke und der Widerstand sind ausgeblendet. Wie kann mit einer solchen Gesellschaftskarikatur die Frage nach einer effektiven antifaschistischen Gegenstrategie erörtert werden?

Der Versuch, Geschichte mit ein, zwei Sätzen in den Griff zu bekommen, führt zur Formulierung von Dogmen. Wenn eine solche Geschichtsinterpretation auch noch Grundlage der Antifa-Strategie sein soll, dann können AntifaschistInnen nur noch zur Glaubensgemeinde der RL eingeschworen werden. Bewußtsein adé!

Vielleicht geht es der RL auch gar nicht um Antifaschismus, sondern um ihr Prinzip, daß alles, was sich nicht um sie gruppiert, als politisch rechts zu bekämpfen sei. Dafür zahlt sie den Preis, die Reps den *"anderen bürgerlichen Parteien"* gleichzustellen.

Gleich ist diesen Parteien zwar das konservative Bestreben, die kapitalistische Gesellschaftsformation zu erhalten, aber verschieden sind noch immer die anvisierten bzw. angewandten Herrschaftsformen. Dieser Unterschied ist dann sehr wichtig, wenn *"die Linke"* nicht nur strategische Manövriermasse bedeutet, sondern sowohl Menschen, die entweder am Leben bleiben oder abgeschlachtet werden als auch die existente Möglichkeit für eine radikal veränderte, humane Gesellschaft.

Neues vom Buchmarkt:

Lars Martin

Als Falscher unter Falschen

In Wallraff-Manier hat sich Michael Schomers als "Theodor Schomers" von September 1989 bis März 1990 unter die Republikaner gemischt. Erwa rsieben Monate lang ein *"Falscher"* unter den falschen Republikanern. Er ist bei den Kölner REP eingetreten, hat Wahlkampf gemacht, sie beobachtet, war selbst schließlich für sie im schulausschuß der Stadt. Seine Aufzeichnungen sind jetzt als Buch erschienen: *"Deutschland ganz rechts. Sieben Monate als Republikaner in BRD&DDR"*.

Schomers entreißt den REP ihre demokratische Maske, zum erneuten Male wird das Bild widerlegt, was die Republikaner von sicht selbst verssuchen zu zeichnen. Die LeserIn erhält Einblick in den Parteialltag, der geprägt ist von Schlammschlachten, Gewaltbereitschaft und politischem Dilletatntismus. Es wird deutlich gemacht, daß die REP das Sammelbecken unterschiedlicher Neofaschisten sind. Den ersten Kontakt mit den REP knüpft Schomers bei einem bereits 20 Jahre bestehenden Theoriekreis, der eigentlich mit der neuen Partei nichts zu tun hat ... .

Schomers wirkt mit im Kölner Kommunalwahlkampf, unterstützt die Ratsfraktion und zeigt deutlich die versteckte, aber intensive Zusammenarbeit mit der CDU auf. Er erlebt die REP als einen Haufen von IndividualistInnen, deren Konsens Rassismus, Frauen- und Gewerkschaftsfeindlichkeit ist. Persönliches Mißtrauen, ständige Absicht sich gegenseitig auszuschließen, Posten- und Machtkämpfe bestimmen den Parteialltag. Das Buch bestätigt die Unfähigkeit und Kompetenzlosigkeit der REP-VertreterInnen in den kommunalen Gremien und Ausschüssen.

Der Autor sagt, daß die gegenwärtige Politik der etablierten Parteien zum Thema DDR-BRD mehr oder weniger dem entspricht, was die REP bereits im letzten September als *"ihr"* Programm für ein vereinigtes Deutschland formuliert haben. Er belegt so, daß ihr Abschwung bei den letzten Wahlen weitgehend darauf zurückzuführen ist, daß die anderen Parteien durch verstärkt nationalistisches Auftreten potentielle REP-WählerInnen aufsaugen konnten.

Vom Bundesparteitag ausgehend, beschreibt Schomers die REP als Führerpartei, die innerparteiliche Demokratie nicht kennt und parlamentarische eigentlich nicht will. Schomers schließt mit der Hoffnung auf einen Dialog zwischen den REP und ihren linken GegnerInnen.

Hier setzt meine Kritik andem Buch ein, in den Schlußbemerkungen vermittelt Schomers eine zu harmlose Gesamtbetrachtung. Auch wird nichts ausgesagt, wie die antifaschistische Seite zum einen mit den Mitgliedern und zum anderen mit den WählerInnen der REP umgehen soll. Schomers will der Etablierung der REP entgegenwirken, will ihre Existenz nicht hinnehmen. Aber obwohl er es umfassend belegt, benennt der Autor nicht klar, daß es sich bei den Republikanern um eine neofaschistische Organisation handelt!

Das Tagebuch von "Theo Schomers" ist interessant und einffach geschrieben, natürlich ist es kein vollständiges Handbuch über die REP, es verrät aber bestimmt für jedeN noch neue erkenntnisse, übertrifft bei manchen sicherlich bisherige Befürchtungen. Es kostet 18,10 DM, ist beim Verlag Kiepenheuer & Witsch erschienen und im Buchhandel erhältlich.

Lisa Böhne

Zur psychosozialen Grundlage von Faschismus

"Morbus Hitler", der Titel weist schon daraufhin, daß es um die Pathologie des NS/Faschismus gehen soll (Morbus = Krankheit). Damit ist aber kein Freispruch der Täter von der Verantwortung für ihre Taten verbunden. Vielmehr wird deutlich, daß diese sich unter Kontrolle haben solange ihnen Sanktionen drohen. Ihre Perversität beginnen sie erst auszuleben, sobald sie die Gesellschaft, oder Teile davon selber kontrollieren. Dieses *"ausleben"* kann dann bis zur Völkervernichtung gehen.
Mairgünther legt in seinem Essay Nekrophilie als Grundlage faschistischer Charaktere frei und knüpft daran die Verbindung zu faschistischer Politik. Unter diesem Gesichtspunkt analysiert er Farben, Symbole und Sprache des Nationalsozialismus.
Erste Anhaltspunkte liefert die frühe faschistische Bekenntnisliteratur:"Sie (und ihre Kampfgenossen) können gar nicht anders. Sie müssen ihre größten Triumpfe und schlimmsten Niederlagen im Medium der Analität, der Beschmutzung, wenn nicht Selbstbeschmutzung zum Ausdruck bringen." (S.7) Überdeutlich werden politisch-militärische Konfrontationen in analen Bezügen dargestellt:"Wogen von Kot wälzen sich über das entsetzensstarre Rheinland ..." (ebenda)
Die Kernaussagen zum nekrophilen Charakter sind den Untersuchungen von Reich und Fromm entnommen. Wiewohl Nekrophilie mit Analität zusammenhängt, ist sie keinesfalls mit Homosexualität gleichsetzbar. Der Homosexuelle ist im Normalfall ein Freund des Lebens, der Nekrophile ist immer Bräutigam des Todes. Kern der Nekrophilie ist der Drang, Lebendiges in Unlebendiges zu verwandeln. Außerdem ist die Überzeugung charakteristisch, daß Probleme und Konflikte ausschließlich durch Gewalt zu lösen seien. Als dritte Determinante ist die Umkehrung zum Bösen zu nennen, die sich in der Ästhetik als die Verdrehung der Zeichen/Symbole erkennen läßt. Eine nekrophile Verdrehung in positiver Richtung vom Bösen zum Guten gibt es dagegen nicht.
Folgerichtig finden sich nekrophile Charaktere politisch immer auf der äußersten Rechten:"Wir kennen sie doch, diese steifen, kalten, grimassierenden - mit einem Wort herzlosen Politiker. Sie leben doch unter uns, sofern sie sich nicht, unlängst geschah es wieder, selbst verbrennen und in Mord und Selbstmord enden (Exitus letalis nach Barschel)." (S.40) "Schwarzbraune-Herrenmenschen", die der notorischen Lüge überführt werden, reagieren mit neuen Lügen: Beispiel, eine linke Kampfpresse habe eine Schlammschlacht geschlagen und eine Brandfackel entzündet.(!)
Faschisten/Nekrophile wissen, was sie sagen und wollen es, wissen, was sie tun und wollen es, wissen nicht warum! Weil sie unbelehrbar sind und bleiben, kann ihnen nur das Handwerk gelegt werden. - Soviel zum Inhalt des Buches.
Mairgünthers Blickwinkel zur Beleuchtung von Faschismus ist gleichermaßen neu und vertraut. Vergraben innerhalb der Gesamtwerke bekannter Psychoanalytiker wurde dieser Ansatz in jüngster Zeit weder im Zusammenhang mit der aktuellen politischen Entwicklung diskutiert, noch für eine Faschismustheorie fruchtbar gemacht, die sowohl die gesellschaftlichen wie die psychosozialen Grundlagen von Faschismus zusammendenkt. Das Verdienst des Autors ist es also, eine wesentliche Seite von Faschismus in die Diskussion wieder eingebracht und herausgearbeitet zu haben. In kurzer und eindrucksvoller Weise legt er diesen Ansatz dar. Von seiner Marotte, lateinische Ausdrücke in sein Essay einzustreuen, sollte man/frau sich nicht abschrecken lassen. Sie tut der Verständlichkeit insgesamt keinen Abbruch.
Morbus Hitler - Ein Essay, Wilfred Mairgünther; Neuer Malik Verlag, Kiel 1989, Preis: 20.00DM